

STRATEGISCHES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT

Aurich blüht auf

Auf dem Weg zur ersten Landesgartenschau Ostfrieslands 2038

Ein konzeptioneller Vorschlag für Prüfung, Bewerbung und Umsetzung

Leitgedanke:

Nicht die Landesgartenschau rechtfertigt die Investitionen. Die langfristig sinnvolle Stadtentwicklung rechtfertigt die Landesgartenschau.

Konzeptentwurf von Dr. med. Hans-Hermann Meyerholz
Parteiloser Einzelbewerber zur Bürgermeisterwahl in Aurich

Stand: 2. September 2026

Executive Summary

Der Vorschlag „**Aurich blüht auf**“ verbindet eine mögliche Landesgartenschau mit einer längerfristigen Entwicklungsstrategie für die Gesamtstadt. Im Mittelpunkt steht nicht die Durchführung eines zeitlich begrenzten Großereignisses, sondern die Frage, welche räumlichen, ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbesserungen Aurich in den kommenden zwölf Jahren benötigt. Die Gartenschau ist deshalb als mögliches Instrument zu verstehen: Sie kann Planungen bündeln, Förderzugänge eröffnen, öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und einen verbindlichen Fertigstellungstermin schaffen. Die Landesgartenschau wäre damit der sichtbare Höhepunkt eines mehrjährigen Entwicklungsprozesses und nicht dessen alleiniger Zweck.

Die Tragfähigkeit des Vorhabens hängt davon ab, dass der Prozess ergebnisoffen bleibt. Eine frühe politische Begeisterung darf weder eine Standortentscheidung noch ein Ausgabenversprechen vorwegnehmen. Vielmehr müssen Nutzen, Finanzierung, Folgekosten, Flächenverfügbarkeit, Umweltwirkungen und regionale Unterstützung nacheinander nachgewiesen werden. Das Konzept verbindet daher ein ambitioniertes Zukunftsbild mit einer bewusst vorsichtigen Entscheidungsarchitektur.

Der vorliegende Entwurf empfiehlt deshalb weder eine sofortige Bewerbung noch eine frühzeitige Festlegung auf Flächen, Projekte oder Ausgaben. Er schlägt zunächst einen strukturierten Prüfprozess vor. Erst wenn ein dauerhafter Nutzen für Aurich nachgewiesen, die Finanzierung einschließlich der Folgekosten vertretbar, die ökologischen Wirkungen positiv und die erforderlichen Flächen sowie Partnerschaften gesichert sind, sollte der Rat über eine Bewerbung entscheiden.

Aurich blüht auf ist kein Vorschlag für eine sechsmonatige Blumenschau, sondern für ein langfristiges Stadtentwicklungsprogramm mit einer Landesgartenschau als möglichem Beschleuniger, Finanzierungsanlass und öffentlichem Schaufenster. Ziel ist eine grünere, klimaresilientere, besser verbundene und wirtschaftlich lebendigere Stadt – mit sichtbarem Nutzen für Alltag, Innenstadt, Ortsteile und Region.

Kernempfehlungen:

- **Aurich sollte die Chance einer Landesgartenschau selbstbewusst prüfen, das Ergebnis dieser Prüfung aber ausdrücklich offenhalten. Ziel ist nicht die Gartenschau um ihrer selbst willen, sondern eine Stadt, in der die Menschen 2038 und darüber hinaus besser leben, arbeiten und sich bewegen können.**
- **Aurich sollte jetzt weder eine Bewerbung noch ein Investitionsvolumen versprechen. Vorgeschlagen wird ein transparenter, stufenweiser Prüfprozess mit klaren Stop-or-Go-Entscheidungen. Erst wenn räumliche Machbarkeit, dauerhafter Nutzen, Finanzierung und politische Tragfähigkeit nachgewiesen sind, folgt eine Bewerbung.**

Impulsgebende Ausgangsidee

Aurich besitzt mit der historischen Innenstadt, den Wallanlagen, dem Hafen, dem Ems-Jade-Kanal und den landschaftlich geprägten Ortsteilen bereits ein starkes räumliches Fundament. Hinzu kommen das regionale Profil bei erneuerbaren Energien, vielfältige touristische Anknüpfungspunkte und bestehende Planungen zu Klimaanpassung, Altstadtentwicklung und Radverkehr. Die strategische Chance besteht darin, diese Elemente nicht länger als voneinander getrennte Einzelthemen zu behandeln, sondern zu einer nachvollziehbaren Entwicklungsachse zu verbinden.

Das Vorhaben kann dadurch eine übergeordnete Klammer für Projekte bilden, die fachlich ohnehin sinnvoll oder notwendig sind. Voraussetzung ist allerdings, dass keine Maßnahme nachträglich nur deshalb als „ohnehin erforderlich“ bezeichnet wird, um sie politisch oder finanziell zu rechtfertigen. Für jedes Projekt müssen der heutige Bedarf, der eigenständige Nutzen und die tragfähige Nachnutzung belegt werden.

KEY FACTS

- Die Landesgartenschau wird als Instrument der Stadtentwicklung verstanden, nicht als isoliertes Veranstaltungsprojekt.
- Bestehende Konzepte und bereits geplante Maßnahmen sollen integriert, nicht durch Parallelplanungen ergänzt werden.
- Jeder Projektbaustein benötigt einen belegten Bedarf und einen dauerhaften Nutzen unabhängig vom Veranstaltungsjahr 2038.

Räumliches Leitbild und inhaltliches Profil

Als räumliche Arbeitshypothese wird ein blau-grünes Band vorgeschlagen, das die Altstadt und ihre Wallanlagen über den Georgswall mit dem Hafen und dem Ems-Jade-Kanal verbindet. Diese Achse könnte zentrale Stadtbereiche besser miteinander verknüpfen, vorhandene Freiräume qualifizieren und den Kanal stärker als Alltags-, Freizeit- und Tourismusraum erschließen. Dezentrale Projekte in den Ortsteilen und in der ostfriesischen Kulturlandschaft würden den kompakten Kern ergänzen und die regionale Dimension sichtbar machen.

Inhaltlich sollte Aurich kein beliebiges Gartenschaukonzept übernehmen. Das eigene Profil entsteht aus der Verbindung von Stadt, Wasser, Weite, Wind, Moor, Landwirtschaft und Gemeinschaft. Damit könnte Aurich zeigen, wie eine Mittelstadt im ländlichen Raum Klimaanpassung, Lebensqualität und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbindet. Die genaue Flächenkulisse muss jedoch erst durch einen offenen Variantenvergleich ermittelt werden; das blau-grüne Band ist keine Vorentscheidung.

KEY FACTS

- Vorzugsrichtung für die Prüfung: Altstadt und Wallanlagen – Georgswall – Hafen – Ems-Jade-Kanal.
- Ergänzung durch sorgfältig ausgewählte Projekte in Ortsteilen und der Region, ohne den Ausstellungskern betrieblich zu zerfasern.
- Eigenständiges Profil: Stadt, Wasser, Weite, Energie und ostfriesische Kulturlandschaft.

- Die endgültige Standortwahl erfolgt erst nach Prüfung von Flächen, Umwelt, Verkehr, Kosten und Nachnutzung..

Für die weitere Bearbeitung bedeutet dies, dass zunächst der fachliche Ausgangszustand und der konkrete Bedarf dokumentiert werden. Darauf aufbauend sind realistische Varianten, Zuständigkeiten, Investitions- und Folgekosten sowie messbare Wirkungen zu bestimmen. Erst wenn diese Grundlagen vorliegen, kann entschieden werden, ob der Baustein Bestandteil einer Bewerbung, ein eigenständiges Stadtentwicklungsprojekt oder bewusst nicht weiterverfolgt werden soll.

Als untersuchungswürdige Vorzugsvariante wird ein „Blau-Grünes Band Aurich“ empfohlen: von der historischen Innenstadt und den Wallanlagen über Georgswall und Hafen an den Ems-Jade-Kanal, ergänzt durch dezentrale Satelliten in Ortsteilen und der ostfriesischen Kulturlandschaft. Es handelt sich ausdrücklich nicht um eine Standortfestlegung, sondern um eine Hypothese für die Machbarkeitsstudie.

KEY FACTS

- Es handelt sich ausdrücklich nicht um eine Standortfestlegung, sondern um eine Hypothese für die Machbarkeitsstudie.

Ökologischer und wirtschaftlicher Anspruch

Ökologisch wäre das Vorhaben nur überzeugend, wenn es über temporäre Bepflanzungen hinaus messbare Verbesserungen bewirkt. Im Zentrum stehen daher wassersensible Stadtentwicklung, Entsiegelung, Regenrückhalt, klimaangepasste Bäume, verschattete Wege, Biotopvernetzung sowie ein verantwortlicher Umgang mit Boden und Moor. Bauwerke und Ausstellungselemente sollen möglichst ressourcenschonend, rückbaubar und wiederverwendbar sein. Zu jeder Investition gehören von Beginn an Pflegezuständigkeit und Pflegefinanzierung.

Wirtschaftlich ist nicht allein die Zahl der Gäste maßgeblich. Entscheidend ist, ob Aufträge für Mittelstand und Handwerk zugänglich werden, zusätzliche Nachfrage in Innenstadt, Gastronomie und Beherbergung ankommt und neue Angebote nach 2038 fortbestehen. Durch regionale Reisepakete, eine gezielte Innenstadtstrategie, Kooperationen mit Landwirtschaft und Unternehmen sowie ein glaubwürdiges Energie- und Innovationsprofil kann die Gartenschau Wertschöpfung auslösen. Diese Effekte dürfen in der späteren Wirtschaftlichkeitsrechnung jedoch weder pauschal behauptet noch doppelt gezählt werden.

KEY FACTS

- Ökologische Wirkung wird anhand von Ausgangswerten und messbaren Zielgrößen nachgewiesen.
- Pflege, Betrieb und Rückbau werden bereits vor dem jeweiligen Baubeschluss finanziell abgesichert.
- Wirtschaftlicher Erfolg bedeutet dauerhafte Wertschöpfung und Nutzung, nicht lediglich hohe Besucherzahlen.
- Vergabe, Tourismus und Innenstadtmanagement werden frühzeitig als zusammenhängende Wirtschaftsstrategie geplant.

Finanzierung und Entscheidungsweg

Eine belastbare Finanzierungsentscheidung setzt die strikte Trennung von Investitionshaushalt, Durchführungshaushalt und Nachnutzungskosten voraus. Für ein mögliches Projekt im Jahr 2038 wäre jede heute genannte Gesamtsumme eine Scheingenauigkeit. Stattdessen sind mehrere Ambitionsszenarien mit einheitlichem Preisstand, Risikoreserven und Sensitivitäten für Baupreise, Förderquoten, Besucherzahlen und Betriebskosten zu entwickeln. Fördermittel dürfen erst dann als gesichert gelten, wenn belastbare Zusagen vorliegen; eine hohe Förderquote ersetzt zudem nicht die Prüfung langfristiger Folgekosten.

Der empfohlene Weg beginnt mit einer informellen Klärung der landesseitigen Rahmenbedingungen und einem eng begrenzten Ratsbeschluss zur ergebnisoffenen Prüfung. Daran schließen sich ein „**Aurich blüht auf - Dialog**“, ein Standortscreening und eine unabhängige Machbarkeits-, Finanzierungs- und Nachnutzungsstudie an. Erst deren Ergebnisse schaffen die Grundlage für eine politische und gegebenenfalls bürgerschaftliche Entscheidung über die Bewerbung. Nach jedem Schritt bleibt eine Anpassung, Vertagung oder Beendigung des Vorhabens möglich.

KEY FACTS

- Keine Bewerbung und keine Standort- oder Investitionsentscheidung ohne abgeschlossene Machbarkeitsprüfung.
- Getrennte Betrachtung von dauerhaften Investitionen, Veranstaltungsbetrieb und langfristiger Nachnutzung.
- Stufenfolge: Landessondierung – Rats-Prüfauftrag – Bürgerdialog – Variantenstudie – Finanzprüfung – Bewerbungsentscheidung.
- Jede Phase endet mit einem transparenten Stop-or-Go-Beschluss.
- Der Prozess bleibt auch ohne Bewerbung wertvoll, wenn daraus ein belastbares Zukunfts- und Maßnahmenprogramm für Aurich entsteht.

1. Auftrag, Status und Entscheidungslogik

Dieses Papier ist ein strategischer Arbeitsentwurf und keine fertige Bewerbung. Es soll Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft in die Lage versetzen, die Idee strukturiert zu diskutieren und die richtigen Prüfaufträge zu formulieren. Dafür trennt es klar zwischen der heute vertretbaren Erkundung einer Chance und späteren Entscheidungen, die erst auf Grundlage belastbarer Fachgutachten getroffen werden dürfen.

Die vorgeschlagene Entscheidungslogik schützt Aurich vor einer schleichenden Vorfestlegung. Jede Phase benötigt definierte Ergebnisse, eine öffentliche Bewertung und einen neuen politischen Beschluss. Damit bleibt ein begründetes Nein jederzeit möglich. Zugleich entsteht auch bei einer Nichtbewerbung ein Wert, weil Bestandsanalysen, Zukunftsziele, Projektprioritäten und regionale Partnerschaften für die weitere Stadtentwicklung nutzbar bleiben.

KEY FACT

- Eine Nichtbewerbung nach ehrlicher Prüfung wäre kein Scheitern, sondern verantwortliche Steuerung.

1.1 Zweck dieses Konzeptes

Der Abschnitt grenzt die Funktion des Konzeptes bewusst von einer formalen Bewerbung und einer Fachplanung ab. Er schafft damit einen gemeinsamen Arbeitsrahmen und verhindert, dass frühe Ideen bereits als verbindliche Zusagen verstanden werden.

Die besondere Leistung des Konzeptes liegt darin, politische Vision und fachliche Prüfanforderungen voneinander zu unterscheiden. Es beschreibt, welche Fragen Aurich beantworten muss, welche Akteure einzubeziehen sind und an welchen Kriterien ein späteres Ja oder Nein gemessen werden kann. Dadurch wird aus einer attraktiven Idee ein steuerbarer kommunaler Prozess, ohne den Gestaltungsspielraum einer späteren Machbarkeitsstudie einzuengen.

Das Konzept übersetzt die politische Idee **Aurich blüht auf** in einen konstruktiven Arbeitsentwurf. Es beschreibt Ziele, mögliche räumliche und inhaltliche Bausteine, Organisation, Finanzierung, Beteiligung und Risiken. Es ersetzt weder eine Machbarkeitsstudie noch Flächen-, Umwelt-, Verkehrs- oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

KEY FACTS

- Das Konzept übersetzt die politische Idee **Aurich blüht auf** in einen konstruktiven Arbeitsentwurf.
- Es beschreibt Ziele, mögliche räumliche und inhaltliche Bausteine, Organisation, Finanzierung, Beteiligung und Risiken.
- Es ersetzt weder eine Machbarkeitsstudie noch Flächen-, Umwelt-, Verkehrs- oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

1.2 Worüber wir heute befinden können – und über was nicht

Die zeitliche Staffelung der Entscheidungen ist für Glaubwürdigkeit und Haushaltskontrolle zentral. Heute kann nur der nächste überschaubare Prüfschritt legitimiert werden; weiterreichende Bindungen benötigen jeweils neue Nachweise und Beschlüsse.

Ein früher Prüfauftrag sollte finanziell gedeckelt, zeitlich befristet und in seinem Leistungsumfang präzise beschrieben werden. Beschlossen werden können Gespräche mit dem Land, eine Bestandsaufnahme, ein Beteiligungsdesign und die Vorbereitung einer Vorstudie. Nicht umfasst sind Flächenkäufe, Planungswettbewerbe oder Bauzusagen. Diese Trennlinie ist politisch wichtig, weil bereits kleine Vorbereitungsbeschlüsse in der Öffentlichkeit sonst als unumkehrbare Festlegung wahrgenommen werden können.

Heute verantwortbar	Erst nach Prüfung
Gespräch mit Land und Fördergesellschaft; Prüfauftrag; Beteiligungsdesign; Daten- und Flächenanalyse.	Standortfestlegung, Flächenerwerb, konkrete Bauprojekte, Gesamtbudget, Bewerbung und Durchführungsgesellschaft.
Kriterien für Nutzen, Kosten, Ökologie und Nachnutzung.	Verbindliche Besucherprognose, Ticketpreis, kommunaler Eigenanteil oder Bauzeitplan.

Politische Haltung:

Gute Stadtentwicklung denkt über Wahlperioden hinaus, bindet aber keine künftigen Mehrheiten ohne belastbare Entscheidungsgrundlage.

KEY FACTS

- Zulässig ist zunächst nur ein klar begrenzter und finanzierter Prüfauftrag.
- Flächenerwerb, Bewerbung, Wettbewerb und Investitionen benötigen jeweils eigene spätere Beschlüsse.
- Beschlussvorlagen müssen ausdrücklich benennen, welche Bindungen noch nicht entstehen.

1.3 Erfolg auch ohne Zuschlag

Ein ergebnisoffener Prozess muss auch dann einen Nutzen erzeugen, wenn keine Bewerbung erfolgt oder kein Zuschlag erteilt wird. Deshalb sollen Daten, Prioritäten und Projektsteckbriefe so angelegt sein, dass sie in der regulären Stadtentwicklung weiterverwendet werden können.

Damit der Prozess unabhängig vom Wettbewerbsergebnis sinnvoll bleibt, sollten sämtliche Analysen in anschlussfähige Stadtentwicklungsprodukte münden: einen räumlichen Entwicklungsrahmen, priorisierte Maßnahmen, eine Fördermatrix und belastbare Projektsteckbriefe. So können geeignete Vorhaben auch einzeln umgesetzt werden. Diese „No-regret“-Logik vermindert das Bewerbungsrisiko und verhindert, dass Planungswissen bei einer Absage ungenutzt bleibt.

Der Prozess ist bereits dann wertvoll, wenn er ein gemeinsam getragenes Zukunftsbild, priorisierte Investitionen, förderfähige Projektsteckbriefe und neue regionale Kooperationen hervorbringt. Eine Nichtbewerbung nach ehrlicher Prüfung wäre kein Scheitern, sondern verantwortliche Steuerung.

KEY FACTS

- Das Konzept übersetzt die politische Idee **Aurich blüht auf** in einen konstruktiven Arbeitsentwurf.
- Es beschreibt Ziele, mögliche räumliche und inhaltliche Bausteine, Organisation, Finanzierung, Beteiligung und Risiken.
- Es ersetzt weder eine Machbarkeitsstudie noch Flächen-, Umwelt-, Verkehrs- oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen.
- Eine Nichtbewerbung nach ehrlicher Prüfung wäre kein Scheitern, sondern verantwortliche Steuerung.

2. Ausgangslage und strategische Chance

Aurich verfügt über eine ungewöhnlich passende Verbindung von historischer Innenstadt, Wallanlagen, Hafen, Ems-Jade-Kanal, ländlich geprägten Ortsteilen und einem starken Profil bei erneuerbaren Energien. Diese Elemente sind vorhanden, werden im Alltag und in der touristischen Wahrnehmung jedoch noch nicht überall als zusammenhängendes Stadterlebnis gelesen. Eine Landesgartenschau könnte die Verbindung dieser Räume beschleunigen und sichtbar machen.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass Aurich bereits zahlreiche Fachkonzepte und Investitionsaufgaben verfolgt. Die Chance liegt daher nicht in einem zusätzlichen Parallelprogramm, sondern in der Integration: Klimaanpassung, Radverkehr, Altstadtentwicklung, Tourismus, Wasserwirtschaft und öffentliche Räume müssen in einer gemeinsamen Prioritäten- und Förderlogik zusammengeführt werden. Nur so entstehen Synergien statt neuer Konkurrenz um Geld und Personal.

KEY FACTS

- Profilkern: Stadt, Wasser, Weite sowie die Zukunftsthemen Energie, Moor und Landwirtschaft.
- Das Profil muss sich in Räumen, Gestaltung und Programm wiederfinden.
- Regionale Besonderheiten werden als reale Zukunftsfragen und nicht als Kulisse behandelt.

2.1 Aurich bringt passende Voraussetzungen mit

Die vorhandenen räumlichen und fachlichen Stärken bilden einen guten Ausgangspunkt, ersetzen aber keine Bestandsanalyse. Entscheidend ist, bestehende Qualitäten zu verbinden und bereits laufende Planungen systematisch einzubeziehen.

Besonders wertvoll ist die räumliche Nähe von Innenstadt, Wallanlagen und Hafen. Sie eröffnet die Möglichkeit eines fußläufig erfahrbaren Kernbereichs, während der Ems-Jade-Kanal eine lineare Verbindung in die Landschaft herstellt. Zugleich sind die fehlende Bahnanbindung, konkurrierende Flächennutzungen und die langfristige Pflege zusätzlicher Freiräume als strukturelle Grenzen zu berücksichtigen. Die Ausgangslage ist daher aussichtsreich, aber keineswegs automatisch ausreichend:

KEY FACTS

- Stadt-Umland-Verflechtung mit charakteristischen Landschaften von Geest, Marsch, Moor, Wallhecken und Gräben.
- Ein laufendes Klimaanpassungskonzept, das Starkregen, Hitze, Trockenheit und Wassermengenmanagement behandelt. Historische Innenstadt und Wallanlagen als identitätsstiftender Kern.
- Hafen und Ems-Jade-Kanal als markantes blaues Rückgrat mit Freizeit-, Mobilitäts- und Tourismusfunktion.
- Bestehende Radverkehrsplanung und bereits ausgebaute Abschnitte am Kanal.
- Erfahrung und Profil in erneuerbaren Energien sowie das Energie-, Bildungs- und Erlebniseumfeld.

2.2 Die zentrale Herausforderung

Die größte planerische Aufgabe ist nicht die Erfindung neuer Einzelprojekte, sondern deren Priorisierung und Integration. Zusätzliche Maßnahmen sind nur gerechtfertigt, wenn sie erkennbare Lücken schließen und dauerhaft betrieben werden können.

Die Integration bestehender Konzepte erfordert mehr als deren bloße Auflistung. Maßnahmen aus Klimaanpassung, Radverkehr, Altstadtanierung und Tourismus müssen räumlich überlagert, hinsichtlich Zeit und Finanzierung abgeglichen und bei Zielkonflikten priorisiert werden. Ein gemeinsames Projektportfolio sollte zeigen, welche Vorhaben ohnehin beschlossen, lediglich fachlich erwogen oder tatsächlich erst durch die Landesgartenschau ausgelöst würden.

Die Landesgartenschau darf nicht als zusätzliche Sammlung schöner Einzelprojekte neben bestehenden Konzepten stehen. Sie muss vorhandene Planungen – historische Altstadt, Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Mobilität, Radverkehr und Tourismus – in einer gemeinsamen räumlichen und finanziellen Logik zusammenführen. Doppelplanungen sind zu vermeiden; jede Maßnahme braucht einen nachgewiesenen Bedarf unabhängig vom Event.

KEY FACTS

- Die Landesgartenschau darf nicht als zusätzliche Sammlung schöner Einzelprojekte neben bestehenden Konzepten stehen.
- Doppelplanungen sind zu vermeiden; jede Maßnahme braucht einen nachgewiesenen Bedarf unabhängig vom Event.

2.3 Das Alleinstellungsmerkmal

Ein überzeugendes Profil entsteht aus der spezifischen Verbindung von Stadt, Wasser, Weite, Energie und ostfriesischer Kulturlandschaft. Diese Kombination muss räumlich erlebbar und in konkreten Projekten glaubwürdig belegt werden.

Das Profil „Stadt, Wasser, Weite“ gewinnt Glaubwürdigkeit, wenn es in wiederkehrenden Gestaltungsprinzipien sichtbar wird: offene Blickbeziehungen, erlebbare Wasserorte, klimaangepasste Pflanzbilder und Übergänge zwischen urbanem Raum und Kulturlandschaft. Windenergie, Moor und Landwirtschaft sollten dabei nicht als Kulisse dienen, sondern anhand realer Zukunftsfragen behandelt werden. Gerade diese Verbindung könnte Aurich gegenüber austauschbaren Gartenschaukonzepten abheben.

Narrativ:

**Aurich zeigt 2038, wie eine Mittelstadt im ländlichen Raum mit Wasser, Wind, Landschaft und Gemeinschaft klimaresilient und wirtschaftlich lebendig werden kann
– als erste Landesgartenschau Ostfrieslands.**

KEY FACTS

- Historische Innenstadt und Wallanlagen als identitätsstiftender Kern.
- Hafen und Ems-Jade-Kanal als markantes blaues Rückgrat mit Freizeit-, Mobilitäts- und Tourismusfunktion.
- Bestehende Radverkehrsplanung und bereits ausgebaute Abschnitte am Kanal.
- Erfahrung und Profil in erneuerbaren Energien sowie das Energie-, Bildungs- und Erlebniseumfeld.

3. Zielbild „Aurich 2038“

Das Zielbild beschreibt den Zustand, den Aurich unabhängig von einem Zuschlag anstreben sollte. Die Stadt soll 2038 grüner, klimaresilienter, barriereärmer und besser verbunden sein. Innenstadt, Hafen, Kanal und Ortsteile sollen als zusammenhängende Lebens- und Wirtschaftsräume funktionieren. Öffentliche Investitionen sollen nicht nur gestalterisch überzeugen, sondern konkrete Alltagsprobleme lösen und dauerhaft finanzierbar bleiben.

Ein solches Zielbild schafft einen gemeinsamen Bewertungsmaßstab. Projektideen werden nicht danach ausgewählt, ob sie spektakulär wirken, sondern danach, welchen Beitrag sie zu Lebensqualität, Klimaanpassung, Mobilität, regionaler Wertschöpfung, Teilhabe und Finanzierbarkeit leisten. Dadurch wird aus einer Gartenschauidee eine nachvollziehbare kommunale Entwicklungsstrategie.

Das Zielbild verbindet Lebensqualität und wirtschaftliche Vernunft. Bis 2038 soll Aurich nicht nur schöner, sondern funktionaler, anpassungsfähiger und besser erreichbar sein.

Zieldimension	Ziel 2038	Prüfbare Wirkung
Lebensqualität	Mehr attraktive, sichere und barrierearme öffentliche Räume.	Nutzungsfrequenz, Zufriedenheit, erreichbare Grünflächen, Schattenanteil.
Klima & Wasser	Regenwasser speichern, Hitze mindern, Biodiversität erhöhen.	Entsiegelte Fläche, Rückhaltevolumen, Baumkronen, Biotopverbund.
Mobilität	Innenstadt, Hafen, Kanal und Ortsteile aktiv verbinden.	Lückenschlüsse, Fuß-/Radanteil, ÖPNV-Nutzung, Barrierefreiheit.
Wirtschaft	Innenstadt- und Besucherökonomie dauerhaft stärken.	Leerstand, Frequenz, lokale Aufträge, Übernachtungen, Gründungen.
Region	Ostfriesische Akteure und Landschaften sichtbar beteiligen.	Partnerkommunen, regionale Aussteller, gemeinsame Angebote.
Finanzen	Investitionen auf bleibenden Nutzen und Betriebskosten ausrichten.	Förderquote, Eigenanteil, Folgekosten, Instandhaltungsreserve.

KEY FACTS

- Das Zielbild verbindet Lebensqualität und wirtschaftliche Vernunft.
- Bis 2038 soll Aurich nicht nur schöner, sondern funktionaler, anpassungsfähiger und besser erreichbar sein.

4. Räumliches Leitbild: das Blau-Grüne Band

Das räumliche Leitbild schlägt vor, die prägenden Wasser- und Grünräume Aurichs als zusammenhängendes Band zu entwickeln. Ausgangspunkt ist die historische Innenstadt mit ihren Wallanlagen; von dort führt die Verbindung über den Georgswall zum Hafen und weiter entlang des Ems-Jade-Kanals. Ein kompakter Ausstellungskern kann dadurch mit dauerhaft nutzbaren Alltagswegen verbunden werden, ohne auf eine isolierte Fläche am Stadtrand angewiesen zu sein.

Dieses Leitbild ist ausdrücklich eine Arbeitshypothese. Die Machbarkeitsstudie muss Alternativen untersuchen und dabei Eigentum, Planungsrecht, Naturschutz, Hochwasser, Altlasten, Erreichbarkeit, Kosten und Nachnutzung gleichrangig bewerten. Dezentrale Projekte in Ortsteilen und Region sollen das Kernband ergänzen, dürfen aber Betrieb, Ticketierung und Besucherlenkung nicht unnötig verkomplizieren.

Die Machbarkeitsstudie sollte mindestens drei räumliche Varianten vergleichen. Als Ausgangshypothese erscheint ein kompaktes, gut erreichbares Kernband besonders plausibel. Es vermeidet eine reine „Ausstellung auf der grünen Wiese“ und maximiert die Alltagswirkung.

KEY FACTS

- Bewertung anhand vorab beschlossener und gewichteter Kriterien.
- Nicht lösbare Flächen-, Umwelt- oder Verkehrsprobleme wirken als Ausschlusskriterien.

- Die Vorzugsvariante muss auch bei Kosten und dauerhafter Pflege überzeugen.

4.1 Korridor A – Altstadt und Wallanlagen

Der vorgeschlagene Korridor soll vorhandene Ziele und Wegebeziehungen aufwerten, nicht einen künstlichen Erlebnisraum schaffen. Jede Einzelmaßnahme ist deshalb hinsichtlich Alltagsnutzen, Umweltwirkung, Flächenzugriff und Folgekosten zu prüfen.

In der Altstadt sollte nicht eine vollständige gestalterische Neuerfindung, sondern die Verbesserung des Alltags im Vordergrund stehen. Priorität haben hitzeangepasste Aufenthaltsorte, sichere und barrierearme Wege, gut nutzbare Übergänge sowie die Aktivierung wenig belebter Erdgeschosse und Innenhöfe. Eingriffe in historische Strukturen benötigen eine enge Abstimmung mit Denkmalpflege und Eigentümern; temporäre Ausstellungen können erproben, welche Nutzungen dauerhaft tragen.

KEY FACTS

- Klimaangepasste Aufwertung ausgewählter Plätze und Straßenräume: Schatten, Sitzgelegenheiten, Trinkwasser, wassersensible Gestaltung.
- Stärkung des grünen historischen Rings und der fußläufigen Verbindungen.
- Aktivierung von Erdgeschossen, Innenhöfen und Leerständen durch temporäre und dauerhafte Nutzungen.
- Denkmalschutz und Stadtgrün als zusammenhängendes Erlebnis.

4.2 Korridor B – Georgswall, Übergänge und Hafen

Der vorgeschlagene Korridor soll vorhandene Ziele und Wegebeziehungen aufwerten, nicht einen künstlichen Erlebnisraum schaffen. Jede Einzelmaßnahme ist deshalb hinsichtlich Alltagsnutzen, Umweltwirkung, Flächenzugriff und Folgekosten zu prüfen.

Der Abschnitt zwischen Innenstadt und Hafen ist strategisch bedeutsam, weil hier aus zwei starken Einzelorten ein zusammenhängender Stadtraum werden kann. Planerisch sind insbesondere Querungen, Orientierung, nächtliche Sicherheit und die Verteilung von Fuß-, Rad- und Lieferverkehr zu lösen. Am Hafen sollten öffentliche Zugänglichkeit und gewerbliche Nutzungen ausgewogen bleiben; eine attraktive Promenade darf den Betriebs- und Wassersportbedarf nicht verdrängen.

KEY FACTS

- Lückenlose, attraktive Verbindung zwischen Einkaufsbereich, Wallanlagen und Hafen.
- Hafenpromenade mit barrierearmen Zugängen, Sitzstufen, kleinen Veranstaltungsflächen und ökologisch gestalteten Ufern, soweit wasserrechtlich möglich.
- Ganzjährige Nutzungen statt reiner Eventarchitektur: Gastronomie, Wasser- und Radsport, Bildung, Mobilitätsstation.
- Aufwertung der Steganlagen und Besucherinformation in Abstimmung mit laufenden Vorhaben.

4.3 Korridor C – Ems-Jade-Kanal bis Rahe/Kukelorum

Der vorgeschlagene Korridor soll vorhandene Ziele und Wegebeziehungen aufwerten, nicht einen künstlichen Erlebnisraum schaffen. Jede Einzelmaßnahme ist deshalb hinsichtlich Alltagsnutzen, Umweltwirkung, Flächenzugriff und Folgekosten zu prüfen.

Der Kanalweg kann zugleich Alltagsroute, Erholungsraum und touristische Achse sein. Diese Mehrfachfunktion verlangt ausreichend breite Wege, sichere Querungen und eine klare Trennung besonders konfliktträchtiger Abschnitte. Beleuchtung sollte sich auf notwendige Bereiche beschränken, um Natur und Anwohner zu schützen. Rastpunkte, Schleusenorte und Informationen zur Wasserwirtschaft können eine abwechslungsreiche Dramaturgie schaffen, ohne den linearen Landschaftsraum zu übermöblieren.

KEY FACTS

- Durchgängiger komfortabler Fuß- und Radkorridor mit sicheren Querungen, Rastpunkten und zurückhaltender Beleuchtung.
- Ökologische Uferfenster, Regenwassergärten und Informationspunkte zu Wasserwirtschaft und Kanalgeschichte.
- Schleuse und Kulturgastronomie als markanter Zielpunkt.
- Anschluss an regionale Rad- und Wasserwege Richtung Emden und Wilhelmshaven.

4.4 Dezentrale Satelliten

Dezentrale Beiträge ermöglichen Teilhabe der Ortsteile und der Region. Sie brauchen jedoch klare Qualitätsstandards und eine verlässliche Organisation, damit ein zusammenhängendes Gesamtbild entsteht und die Hauptveranstaltung betrieblich beherrschbar bleibt.

Satellitenprojekte sollten über ein Auswahlverfahren mit wenigen, verständlichen Kriterien entstehen: regionaler Bezug, dauerhaft verantwortlicher Träger, gesicherte Pflege und gute Erreichbarkeit. Denkbar sind Themenjahre oder Partnergärten, die schon vor 2038 wachsen und nach der Schau fortbestehen. Um Überforderung zu vermeiden, empfiehlt sich eine begrenzte Zahl profilbildender Standorte statt einer möglichst flächendeckenden Sammlung kleiner Einzelideen.

Satelliten sollen die Ortsteile und Region beteiligen, ohne den Ausstellungskern räumlich zu zerfasern. Denkbar sind Dorf- und Schulgärten, Energie- und Klimastationen, Wallhecken- und Moorprojekte, landwirtschaftliche Demonstrationsflächen sowie ein regionales Gartennetz. Für Eintrittslogistik und Hauptbesucherstrom bleibt ein kompakter Kern erforderlich.

KEY FACTS

- Satelliten sollen die Ortsteile und Region beteiligen, ohne den Ausstellungskern räumlich zu zerfasern.
- Denkbar sind Dorf- und Schulgärten, Energie- und Klimastationen, Wallhecken- und Moorprojekte, landwirtschaftliche Demonstrationsflächen sowie ein regionales Gartennetz.
- Für Eintrittslogistik und Hauptbesucherstrom bleibt ein kompakter Kern erforderlich.

4.5 Kriterien für die Standortentscheidung

Die Standortwahl muss aus einem dokumentierten Variantenvergleich hervorgehen. Gestalterische Attraktivität allein reicht nicht; ausschlaggebend sind dauerhafter Bedarf, ökologische Verträglichkeit, Flächenverfügbarkeit, Erreichbarkeit und Gesamtwirtschaftlichkeit.

Für den Variantenvergleich bietet sich eine gewichtete Nutzwertanalyse an, die durch Ausschlusskriterien ergänzt wird. Fehlende Flächenverfügbarkeit, nicht lösbare Verkehrsprobleme oder unverhältnismäßige Umweltkonflikte dürfen nicht durch hohe Punktwerte in anderen Kategorien kompensiert werden. Die Gewichtung sollte vor der Bewertung politisch beschlossen und öffentlich erklärt werden; so lässt sich der Verdacht einer nachträglichen Begründung des Wunschstandortes vermeiden.

Kriterium	Leitfrage	Mindestanforderung
Alltagsnutzen	Braucht Aurich die Maßnahme auch ohne LGS?	Nachnutzung und Bedarf nachgewiesen.
Flächen	Sind Zugriff und Rechte realistisch?	Keine spekulative Abhängigkeit von Einzelgrundstücken.
Ökologie	Werden Naturwerte verbessert statt verdrängt?	Eingriffsvermeidung; positiver Biodiversitätspfad.
Erreichbarkeit	Funktioniert Anreise ohne Pkw-Dominanz?	ÖPNV-, Rad-, Fuß- und P+R-Konzept plausibel.
Kompaktheit	Sind Betrieb und Sicherheit beherrschbar?	Kernbereiche effizient verbindbar.
Kosten	Sind Bau, Pflege und Rückbau tragbar?	Lebenszykluskosten und Risikopuffer ausgewiesen.

KEY FACTS

- Klimaangepasste Aufwertung ausgewählter Plätze und Straßenräume: Schatten, Sitzgelegenheiten, Trinkwasser, wassersensible Gestaltung.
- Stärkung des grünen historischen Rings und der fußläufigen Verbindungen.
- Aktivierung von Erdgeschossen, Innenhöfen und Leerständen durch temporäre und dauerhafte Nutzungen.
- Denkmalschutz und Stadtgrün als zusammenhängendes Erlebnis.

KEY FACTS

- Der Themenbereich „4.5 Kriterien für die Standortentscheidung“ wird in der Machbarkeitsstudie fachlich und finanziell vertieft.
- Dauerhafter Alltagsnutzen und gesicherte Nachnutzung sind zwingende Voraussetzungen.
- Über die Umsetzung wird erst nach transparenter Prüfung und politischem Beschluss entschieden.

5. Konkrete ökologische Projektbausteine

Die ökologische Qualität einer Landesgartenschau entscheidet sich nicht an der Zahl neu angelegter Beete. Maßgeblich ist, ob dauerhaft wirksame Verbesserungen für Wasserhaushalt, Stadtklima, Boden, Biodiversität und Landschaftsvernetzung entstehen. Aurich sollte deshalb jede Maßnahme an einem dokumentierten Ausgangszustand, einer überprüfbaren Zielwirkung und einem finanzierten Pflegekonzept messen.

Besonders überzeugend wäre eine Verbindung des laufenden Klimaanpassungskonzeptes mit sichtbaren Modellprojekten. Regenwasser könnte zurückgehalten und genutzt, versiegelte Flächen könnten reduziert, hitzebelastete Wege verschattet und ökologische Trittsteine miteinander verbunden werden. Temporäre Anlagen müssen ressourcenschonend, rückbaubar und möglichst wiederverwendbar geplant werden.

KEY FACTS

- Temporäre Bauten modular, demontierbar und wiederverwendbar ausschreiben.
- Materialpass für größere Bauteile; Wiederverwendungsquote und Rückbauplan.
- Vorrang für Sanierung und Umnutzung vor Neubau.
- Lebenszyklus-CO₂ und Folgekosten als Vergabekriterien.

5.1 „Schwammstadt Aurich“

Wassersensible Stadtentwicklung verbindet Starkregenvorsorge mit Trockenheitsvorsorge. Maßnahmen sollen Wasser zurückhalten, reinigen und nutzbar machen und zugleich so gestaltet sein, dass sie im Alltag verständlich, sicher und pflegefähig bleiben.

Ein erster Umsetzungsschritt könnte eine Karte mit Überflutungsrisiken, versiegelten Flächen, Hitzeorten und potenziellen Speicherräumen sein. Daraus lassen sich prioritäre Demonstrationsorte ableiten, an denen Baumrigolen, Regengärten oder entsiegelte Plätze nicht nur gezeigt, sondern im Betrieb gemessen werden. Wartung, Sedimententfernung und Verkehrssicherheit müssen ebenso geplant werden wie die gestalterische Qualität.

Niederschlag soll möglichst dort gehalten, versickert, gereinigt oder für Trockenzeiten gespeichert werden, wo er anfällt. Dies knüpft direkt an das städtische Klimaanpassungskonzept an.

KEY FACTS

- Entsiegelung geeigneter Platz-, Hof- und Stellplatzflächen.
- Mulden-Rigolen, Baumrigolen, Regengärten und offene Retentionsflächen.
- Zisternen und Regenwassernutzung für Bewässerung öffentlicher Anlagen.
- Messbare Speicherung je Teilprojekt und digitales Wassermonitoring.

- Überflutungsnachweis für Starkregen; sichere Notwasserwege.

5.2 Klimaangepasster Stadtbaum- und Schattenplan

Bäume entfalten ihre Klimawirkung nur bei geeigneten Standorten und dauerhafter Pflege. Deshalb müssen Wurzelraum, Wasserversorgung, Artenmischung, Leitungslagen und Unterhaltskosten gemeinsam geplant werden.

Die Auswahl klimaangepasster Arten darf nicht allein auf Trockenheitsverträglichkeit beruhen; auch Sturmfestigkeit, Salz- und Bodenverträglichkeit, ökologische Funktion und gestalterische Eignung sind relevant. Für jeden neuen Baumstandort braucht es ausreichenden Wurzelraum und eine gesicherte Bewässerung in der Anwuchsphase. Sinnvoll ist eine Priorisierung nach tatsächlichem Schattenbedarf statt nach möglichst hoher Pflanzzahl.

KEY FACTS

- Standortgerechte Artenmischung statt Monokultur; ausreichend große, belüftete Wurzelräume.
- Priorität für Schulwege, Plätze, Haltestellen, Senioren- und Gesundheitseinrichtungen.
- „Baum vor Mobiliar“: Schattenleistung, Vitalität und Pflegezugang als Planungsgrundlage.
- Mehrjährige Anwuchs- und Pflegeverträge; Bewässerung mit gespeichertem Regenwasser.

5.3 Biodiversitätsnetz Ostfriesland

Biodiversität entsteht durch funktionsfähige Lebensräume und ihre Vernetzung, nicht durch dekorative Einzelmaßnahmen. Ein fachliches Monitoring soll zeigen, ob Zielarten und Habitatqualitäten tatsächlich profitieren.

Vor neuen Pflanzungen sollte eine Biotop- und Artenkartierung klären, welche Lebensräume bereits wertvoll sind und wo echte Verbindungslücken bestehen. Pflegepläne müssen Mahdzeitpunkte, Schnittregime und den Umgang mit invasiven Arten regeln. Bürgerwissenschaftliche Beobachtungen können das Monitoring ergänzen, ersetzen aber keine fachliche Erfolgskontrolle. Entscheidend ist die ökologische Funktion, nicht ein vordergründig „naturnahes“ Erscheinungsbild.

KEY FACTS

- Biotopverbund aus Wallanlagen, Kanalrändern, Gräben, Wallhecken, Säumen und geeigneten Trittsteinflächen.
- Regionale Saat- und Pflanzkonzepte; heimische Gehölze; torffreie Substrate.
- Dunkelkorridore und insektenverträgliche Beleuchtung.
- Nisthilfen nur ergänzend zu echten Lebensräumen; Erfolgskontrolle durch Fachmonitoring.
- Kooperation mit Naturschutz, Landwirtschaft, Schulen und wissenschaftlichen Partnern.

5.4 Wasser, Ufer und Kanal

Die Nähe zum Kanal bietet hohe Erlebnisqualität, verlangt aber eine enge Abstimmung mit Wasserwirtschaft, Schifffahrt, Natur- und Hochwasserschutz. Zugänglichkeit und ökologische Aufwertung sind nur dort sinnvoll, wo Sicherheit und Genehmigungsfähigkeit gewährleistet sind.

Am Kanal treffen Freizeitnutzung, Schifffahrt, Gewässerunterhaltung und Naturschutz unmittelbar aufeinander. Eine Zonierung kann intensive Aufenthaltsbereiche an robusten Stellen bündeln und ruhigere Uferabschnitte schützen. Vor baulichen Ideen sind Eigentum, Zuständigkeit und wasserrechtliche Genehmigungsfähigkeit zu klären. Wo Uferzugänge möglich sind, sollten sie barrierearm und zugleich hochwasser- sowie verkehrssicher gestaltet werden.

KEY FACTS

- Ökologisch aufgewertete Uferabschnitte, wo Schifffahrt, Hochwasser- und Denkmalschutz dies zulassen.
- Schwimmende oder mobile Vegetationsinseln nur nach wasserökologischer und betrieblicher Prüfung.
- Müll- und Mikroplastikprävention, Refill-Systeme und Mehrwegpflicht im Veranstaltungskern.
- Erlebnisstationen zu Gewässerökologie, Schleusen, Entwässerung und Wasserknappheit.

5.5 Moor, Boden und Kulturlandschaft

Moor- und Bodenschutz berühren zentrale Zukunftsfragen Ostfrieslands. Freiwillige Partnerschaften mit Flächeneigentümern und Landwirtschaft sind Voraussetzung, damit Klimawirkung, regionale Produktion und wirtschaftliche Perspektiven miteinander verbunden werden können.

Moorprojekte benötigen wegen ihrer hydrologischen Wirkung einen landschaftlichen Maßstab und langfristige Verträge; kleine Schauparzellen können Zusammenhänge erklären, ersetzen aber keine wirksame Wiedervernässung. Für landwirtschaftliche Partner muss erkennbar sein, welche Nutzungsperspektiven und Erlöse möglich sind. Ein Bodenmanagementkonzept sollte zudem Aushub, Wiederverwendung, Verdichtung und den Schutz kohlenstoffreicher Böden für alle Baustellen regeln.

Moor- und Bodenschutz sollten nicht als dekoratives Thema, sondern als regionaler Klimabeitrag behandelt werden. Maßnahmen außerhalb des Kernareals benötigen freiwillige, langfristige Partnerschaften und fachliche Begleitung.

KEY FACTS

- Demonstrationsprojekte zu Paludikultur und moorschonender Bewirtschaftung.
- Bodenbilanz mit Ziel „Netto-Neuversiegelung so gering wie möglich“ und verbindlichem Rückbau temporärer Flächen.
- Regionale Wertschöpfung aus nachwachsenden, moorverträglichen Rohstoffen als Innovationsfeld.

5.6 Kreislauffähiges Bauen

Temporäre Veranstaltungsarchitektur darf nicht zu dauerhaftem Abfall führen. Bereits die Ausschreibung muss Demontage, Wiederverwendung, Materialherkunft und Rückbaukosten als verbindliche Kriterien enthalten.

Für die weitere Bearbeitung bedeutet dies, dass zunächst der fachliche Ausgangszustand und der konkrete Bedarf dokumentiert werden. Darauf aufbauend sind realistische Varianten, Zuständigkeiten, Investitions- und Folgekosten sowie messbare Wirkungen zu bestimmen. Erst wenn diese Grundlagen vorliegen, kann entschieden werden, ob der Baustein Bestandteil einer Bewerbung, ein eigenständiges Stadtentwicklungsprojekt oder bewusst nicht weiterverfolgt werden soll.

Kreislauffähigkeit sollte bereits in Wettbewerben und Vergaben messbar gemacht werden, etwa durch Wiederverwendungsquoten, lösbare Verbindungen und dokumentierte Materialpässe. Für temporäre Pavillons braucht es schon vor der Errichtung einen konkreten Folgeort oder Abnehmer. Andernfalls besteht die Gefahr, dass vermeintlich mobile Konstruktionen nach der Schau dennoch entsorgt oder auf städtische Kosten eingelagert werden.

KEY FACTS

- Entsiegelung geeigneter Platz-, Hof- und Stellplatzflächen.
- Mulden-Rigolen, Baumrigolen, Regengärten und offene Retentionsflächen.
- Zisternen und Regenwassernutzung für Bewässerung öffentlicher Anlagen.
- Überflutungsnachweis für Starkregen; sichere Notwasserwege.

KEY FACTS

- Temporäre Bauten modular, demontierbar und wiederverwendbar ausschreiben.
- Materialpass für größere Bauteile; Wiederverwendungsquote und Rückbauplan.
- Vorrang für Sanierung und Umnutzung vor Neubau.
- Lebenszyklus-CO₂ und Folgekosten als Vergabekriterien.

6. Konkrete ökonomische Projektbausteine

Ökonomischer Nutzen entsteht nicht automatisch durch hohe Besucherzahlen. Entscheidend ist, ob lokale Unternehmen frühzeitig beteiligt werden können, zusätzliche Nachfrage länger in Aurich und Ostfriesland verbleibt und aus temporären Impulsen dauerhafte Angebote entstehen. Deshalb müssen Innenstadtentwicklung, Tourismus, Handwerk, Ausbildung, regionale Ernährung und Innovationsprojekte bereits in der Vorbereitung als zusammenhängende Wertschöpfungsstrategie gedacht werden.

Die Stadt kann regionale Unternehmen vergaberechtlich nicht schlicht bevorzugen. Sie kann jedoch Leistungen sinnvoll in Lose teilen, Beschaffungspläne früh veröffentlichen, Nachhaltigkeit und Lebenszykluskosten berücksichtigen und Betriebe auf Ausschreibungen vorbereiten. Ebenso wichtig ist ein

professionelles Leerstands- und Gründungsmanagement, damit steigende Frequenz nicht nur kurzfristigen Verkaufsständen, sondern dauerhaften Nutzungen zugutekommt.

KEY FACTS

- Wirtschaftliche Wirkung entsteht durch ein abgestimmtes Zusammenspiel von Innenstadt, Tourismus, regionaler Beschaffung, Innovation und Landwirtschaft.
- Temporäre Nachfrage soll in dauerhafte Geschäftsmodelle, Angebote, Qualifikationen und Kooperationen überführt werden.
- Vergaberechtlich zulässige Losbildung und frühzeitige Information verbessern die Beteiligung von Mittelstand und Handwerk.
- Besucherumsätze, regionale Wertschöpfung und kommunale Einnahmen werden in der Wirtschaftlichkeitsrechnung getrennt ausgewiesen.
- Jeder wirtschaftliche Projektbaustein benötigt eine realistische Perspektive für den Betrieb nach 2038.

6.1 Innenstadtprogramm „2038 bleibt“

Zusätzliche Besucherfrequenz ist nur dann wertvoll, wenn sie dauerhafte Nutzungen stärkt. Ein aktives Flächen- und Gründungsmanagement muss deshalb Eigentümer, Handel, Gastronomie, Kultur und neue Geschäftsmodelle zusammenbringen.

Ein Innenstadtfonds könnte private und öffentliche Investitionen gezielt koppeln, beispielsweise bei barrierefreien Zugängen, Fassaden, Begrünung und der Umnutzung leerer Obergeschosse. Entscheidend ist ein aktives Management, das Eigentümer nicht nur fördert, sondern bei Nutzungskonzept, Genehmigung und Mietersuche unterstützt. Temporäre LGS-Nutzungen sollten als Testläufe mit klarer Perspektive für einen dauerhaften Betrieb angelegt werden.

KEY FACTS

- Leerstands- und Erdgeschossmanagement mit aktiver Eigentümeransprache.
- Digitale Frequenz- und Leerstandsmessung unter Wahrung des Datenschutzes.
- Mikroförderung für Fassaden, Begrünung, Barrierefreiheit und neue Nutzungskonzepte.
- Zwischennutzungsagentur und Testläden für regionale Produkte, Handwerk und Gründungen.
- Veranstaltungs- und Marktprogramm, das nach 2038 wirtschaftlich fortgeführt werden kann.

6.2 Regionale Auftrags- und Beschaffungsstrategie

Die Beschaffungsstrategie verbindet Wettbewerb, Mittelstandsfreundlichkeit und Nachhaltigkeit. Frühzeitige Informationen, angemessene Lose und transparente Kriterien erhöhen die Chance, dass regionale Betriebe tatsächlich Angebote abgeben können.

Ein früh veröffentlichter Vergabeplan gibt Betrieben Zeit, Kapazitäten aufzubauen oder Bietergemeinschaften zu bilden. Informationsveranstaltungen können typische Anforderungen erklären, ohne einzelne Anbieter zu bevorzugen. Bei geeigneten Leistungen sollten Qualität, Reparierbarkeit, Energieverbrauch und Folgekosten stärker gewichtet werden. Die Stadt muss zugleich darauf achten, dass zu kleine Lose nicht unverhältnismäßig hohe Koordinationskosten verursachen.

Vergaberechtlich zulässige Losbildung, frühzeitige Bieterdialoge und transparente Beschaffungspläne sollen kleinen und mittleren Betrieben die Teilnahme ermöglichen. Regionale Herkunft darf nicht rechtswidrig bevorzugt werden; lokale Wertschöpfung entsteht durch zugängliche Lose, Qualifizierung und Kooperation.

KEY FACTS

- Vergabekalender mehrere Jahre im Voraus.
- Losgrößen, die Mittelstand und Handwerk bedienen können.
- Nachhaltigkeits- und Lebenszykluskriterien statt reiner Anschaffungspreislogik.
- Ausbildungs-, Praktikums- und Qualifizierungsverbund für Gartenbau, Bau, Gastronomie, Tourismus und Veranstaltungsmanagement.

6.3 Tourismus: vom Tagesbesuch zur Regionserfahrung

Der wirtschaftliche Hebel wächst, wenn aus Tagesgästen Mehrtagesgäste werden und Angebote in der ganzen Region gebucht werden. Dafür braucht es abgestimmte Pakete, Qualität, digitale Buchbarkeit und eine Besucherlenkung, die sensible Räume schützt.

Mehr Übernachtungen entstehen nur, wenn Programm, Öffnungszeiten, Mobilität und buchbare Angebote zusammenspielen. Sinnvoll wären thematische Zwei- oder Drei-Tages-Routen, die Aurich mit Küste, Moor, Emden oder Leer verbinden. Dafür braucht es gemeinsame Buchungs- und Qualitätsstandards. Eine reine Imagekampagne ohne zusätzliche Kapazitäten und konkrete Produkte würde den gewünschten regionalen Effekt dagegen kaum erreichen.

KEY FACTS

- Besucherlenkung so gestalten, dass Innenstadt und Ortsteile profitieren, sensible Räume aber geschützt werden.
- Kombitickets mit ÖPNV, Rad, Kultur und regionalen Attraktionen.
- Mehrtagspakete „Stadt – Kanal – Küste – Moor“ mit Partnerkommunen.
- Qualitätsprogramm für Beherbergung, Gastronomie, Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit.
- Ganzjährige Nachnutzung der Routen, Gärten und Lernorte.

6.4 Energie- und Innovationsschaufenster

Das Innovationsschaufenster muss reale Lösungen demonstrieren und darf nicht zur unkritischen Unternehmenswerbung werden. Projekte benötigen klare Lernziele, nachweisbare Umweltwirkung und möglichst eine dauerhafte Nutzung nach 2038.

Ein Reallabor sollte eine konkrete Fragestellung lösen, etwa die energiearme Bewässerung, saisonale Speicherung oder den Betrieb temporärer Infrastruktur. Daten und Ergebnisse müssen öffentlich zugänglich sein, damit aus Demonstration tatsächlicher Erkenntnisgewinn entsteht. Unternehmenspartnerschaften sind sinnvoll, wenn Auswahl und Gegenleistung transparent bleiben und die gezeigten Lösungen nicht ausschließlich an einen Hersteller gebunden sind.

KEY FACTS

- Energieeffiziente, weitgehend fossilfreie Veranstaltungsinfrastruktur.
- Lokale erneuerbare Erzeugung, Speicher und Lastmanagement, wo technisch und wirtschaftlich sinnvoll.
- Reallabore zu klimaresilienter Mittelstadt, Wasser, Kreislaufbau und nachhaltiger Mobilität.
- Kooperationen mit Unternehmen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen – mit klarer Trennung von Gemeinwohlziel und Werbung.

6.5 Landwirtschaft und regionale Ernährung

Landwirtschaft soll nicht nur mögliche Flächengeberin oder Konfliktpartnerin sein. Als inhaltliche Partnerin kann sie regionale Ernährung, Wasser, Boden, Biodiversität und neue Produktionsformen glaubwürdig vermitteln.

Für regionale Gastronomie sind verlässliche Mengen, Logistik, Hygiene und Preisgestaltung ebenso wichtig wie Herkunft. Eine Koordinierungsstelle könnte Erzeuger und gastronomische Betreiber früh zusammenbringen und saisonale Speisepläne entwickeln. Inhaltlich sollte die Schau auch Zielkonflikte ansprechen: Flächendruck, Wasserverfügbarkeit, Tierhaltung und faire Erzeugerpreise. Das erhöht die Glaubwürdigkeit gegenüber einer rein idyllischen Darstellung.

KEY FACTS

- Landwirtschaft wird als fachliche und wirtschaftliche Partnerin eingebunden – nicht nur als Flächengeberin.
- Ein ostfriesischer Zukunftshof oder dezentrale Partnerhöfe machen Wasser-, Boden-, Klima- und Biodiversitätsfragen praktisch erlebbar, statt folkloristischer Kulisse zu sein.
- Regionale, saisonale und pflanzenbetonte Gastronomie mit fairen Ausschreibungsbedingungen.
- Demonstration von Wassermanagement, Bodengesundheit, Biodiversität und erneuerbaren Energien in Betrieben.
- Direktvermarktungs- und Logistikplattform sowie Veranstaltungs- und Marktprogramm, die nach 2038 wirtschaftlich fortgeführt werden können und sollten.

7. Besucher-, Mobilitäts- und Logistikkonzept

Aurich besitzt keinen direkten Schienenanschluss; deshalb gehört die Erreichbarkeit zu den zentralen Machbarkeitsfragen. Eine Gartenschau mit hohem Pkw-Anteil würde Straßen, Parkräume und Wohnquartiere belasten und dem ökologischen Anspruch widersprechen. Bereits die Bewerbung muss zeigen, wie Bahnreisende über leistungsfähige Busverbindungen ankommen und wie P+R, Reisebusse, Fahrräder, Fußwege und Lieferverkehre konfliktarm organisiert werden.

Das Mobilitätskonzept soll zugleich ein bleibendes Vermächtnis schaffen. Verbesserte Radverbindungen, barrierearme Fußwege, Mobilitätsstationen, zuverlässigere Busangebote und digitale Besucherinformation können auch nach 2038 Nutzen stiften. Sämtliche Annahmen sind für Normal-, Spitzen-, Schlechtwetter- und Unwettertage zu simulieren; Sicherheits- und Rettungsverkehre müssen von Anfang an integriert werden.

7.1 Grundsatz

Der Grundsatz übersetzt den Nachhaltigkeitsanspruch in eine konkrete Verkehrsstrategie. Erreichbarkeit, Komfort, Sicherheit und Klimawirkung müssen für Einwohner, Beschäftigte und Gäste gemeinsam verbessert werden.

Die Mobilitätsstrategie sollte ein messbares Ziel für den Anteil von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr formulieren und daraus Kapazitäten ableiten. Weil Aurich keinen Bahnhof besitzt, ist die Qualität der letzten Reisekette besonders kritisch. Shuttle-Verbindungen müssen mit Zugankünften abgestimmt, verständlich buchbar und auch für mobilitätseingeschränkte Menschen nutzbar sein. Für Einwohner darf die Gartenschau nicht zu einer dauerhaften Verschlechterung der Alltagsmobilität führen.

Mobilitätsversprechen:

**Die LGS soll Aurich erreichbar machen,
ohne die Innenstadt mit zusätzlichem Pkw-Verkehr zu überlasten.**

KEY FACTS

- Der Themenbereich „7.1 Grundsatz“ wird in der Machbarkeitsstudie fachlich und finanziell vertieft.
- Dauerhafter Alltagsnutzen und gesicherte Nachnutzung sind zwingende Voraussetzungen.
- Über die Umsetzung wird erst nach transparenter Prüfung und politischem Beschluss entschieden.
- Verbindliches Ziel für den Anteil von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr.
- Besondere Priorität für die Reisekette vom Bahnhof bis zum Eingang.
- Keine dauerhafte Verschlechterung der Alltagsmobilität der Auricher Bevölkerung.

7.2 Bausteine

Die einzelnen Mobilitätsbausteine funktionieren nur als integrierte Reisekette. Information, Ticket, Umstieg, Barrierefreiheit, Abstellmöglichkeiten und Rückreise sind aus Sicht der Besucher durchgängig zu planen.

Ein Mobilitäts-Hub am Rand des Kernbereichs könnte P+R, Reisebusankunft, Fahrradverleih, Gepäckservice und Besucherinformation bündeln. Temporäre Parkflächen sollten vorrangig auf bereits versiegelten Arealen liegen. Für Spitzentage sind Reservierung, dynamische Verkehrslenkung und zusätzliche Shuttle-Kapazitäten vorzusehen. Lieferverkehr benötigt eigene Zeitfenster und Routen, damit er nicht mit den Hauptbesucherströmen kollidiert.

Baustein	Konkreter Ansatz
Bahn-/Fernanreise	Realistische Busanschlüsse zu relevanten Bahnhöfen; abgestimmte Fahrpläne; Kombiticket prüfen.
P+R	Temporäre, möglichst bereits versiegelte Randstandorte; Shuttle mit sauberem Antrieb; Vorbuchung bei Spitzentagen.
Rad	Bewachte Fahrradstationen, Leih- und Lastenräder, sichere Zubringer, Reparaturservice.
Fuß	Barrierearme, beschattete und gut lesbare Hauptrouten; Ruhepunkte und öffentliche Toiletten.
Reisebus	Gebündelte Ankunftsfenster, getrennte Aufstellflächen, konfliktarme Zu- und Abfahrt.
Logistik	Zeitfenster, Mikrohub, Mehrweg- und Abfalllogistik außerhalb der Besucherzeiten.
Ortsteile	Alltagstauglicher Takt und On-Demand-Angebote als erprobbares Vermächtnis.

KEY FACTS

- Mobilitäts-Hub bündelt Shuttle, P+R, Reisebus, Rad und Information.
- Parken möglichst auf vorhandenen versiegelten Flächen.
- Eigene Zeitfenster und Routen für Liefer- und Entsorgungsverkehr.
- Der Themenbereich „7.2 Bausteine“ wird in der Machbarkeitsstudie fachlich und finanziell vertieft.
- Dauerhafter Alltagsnutzen und gesicherte Nachnutzung sind zwingende Voraussetzungen.
- Über die Umsetzung wird erst nach transparenter Prüfung und politischem Beschluss entschieden.

7.3 Prüfgrößen

Früh festgelegte Prüfgrößen verhindern, dass Leistungsfähigkeit später nur behauptet wird. Sie bilden zugleich die Grundlage für Simulation, Genehmigung, Kostenberechnung und Erfolgskontrolle.

Neben dem Modal Split sind Reisezeit, Umsteigezahl, Wartezeit, Barrierefreiheit und Kosten aus Sicht unterschiedlicher Nutzergruppen zu bewerten. Verkehrsmodelle sollten auch Abreise-Spitzen nach Abendveranstaltungen und gleichzeitige Störungen im Straßennetz abbilden. Ein Testbetrieb vor Er-

öffnung ist unverzichtbar, weil Fahrpläne und Besucherinformation unter realen Bedingungen häufig andere Schwächen zeigen als in der Planung.

KEY FACTS

- Modal-Split-Ziel bereits in der Bewerbung festlegen.
- Spitzentag, Normalwerktag und Schlechtwettertag getrennt simulieren.
- Rettungswege, Evakuierung, Hitze- und Unwetterbetrieb integrieren.
- Parkflächen nach der Schau vollständig zurückbauen oder sinnvoll nachnutzen.

8. Ausstellung, Programm und ostfriesische Identität

Das Programm sollte die Eigenart Ostfrieslands aufgreifen, ohne sie auf touristische Klischees zu reduzieren. Wasser, Wind, Moor, Boden, Landwirtschaft, Wallhecken, Energie, Sprache und Gemeinschaft bieten Stoff für eine moderne Erzählung über den Wandel einer ländlich geprägten Region. Die Gartenschau kann damit zugleich Freizeitangebot, Lernort, Diskussionsforum und Schaufenster regionaler Innovationskraft sein.

Für die langfristige Wirkung ist entscheidend, dass Schulen, Vereine, Kulturschaffende, soziale Träger und Unternehmen nicht nur Programmlieferanten für ein halbes Jahr sind. Formate, Lernorte und Netzwerke sollten so konzipiert werden, dass sie anschließend fortgeführt werden können. Ein ausgewogenes Verhältnis von Großveranstaltungen, dezentralen Angeboten und ruhigen Naturerlebnissen schützt zudem Anwohner und sensible Räume.

8.1 Themenwelten

Themenwelten strukturieren Inhalte räumlich und programmatisch. Jede Themenwelt sollte einen dauerhaften Anker besitzen, damit Wissen, Routen oder Einrichtungen auch nach der Schau erhalten bleiben.

Die Themenwelten sollten nicht nebeneinanderstehende Ausstellungskapitel bilden, sondern durch eine gemeinsame Erzählung verbunden sein: Wie geht Aurich mit Wasser, Energie, Landschaft und gesellschaftlichem Wandel um? Jede Themenwelt benötigt einen konkreten Ort, einen erlebbaren Inhalt und einen Partner, der sie fachlich trägt. Zu viele Themen würden das Profil verwässern; Auswahl und Dramaturgie sind daher wichtiger als Vollständigkeit.

Themenwelt	Mögliche Inhalte	Bleibender Anker
Wasserstadt	Kanal, Hafen, Regen, Küste, Trinkwasser, Entwässerung.	Blau-grüne Wege und Lernstationen.

Themenwelt	Mögliche Inhalte	Bleibender Anker
Wind & Energie	Erneuerbare, Speicher, Effizienz, Akzeptanz.	Bildungs- und Innovationsnetzwerk.
Moor & Boden	Klimaschutz, Paludikultur, Bodengesundheit.	Partnerflächen und Bildungsprogramme.
Stadtgarten	Klimaangepasste Plätze, Bäume, essbare Stadt.	Pflegefähige Stadtgrünbausteine.
Kulturlandschaft	Wallhecken, Gräben, Landwirtschaft, Dörfer.	Regionaler Garten- und Routenverbund.
Gemeinschaft	Vereine, Schulen, Kultur, Ehrenamt, Inklusion.	Dauerhafte Patenschaften und Programme.

KEY FACTS

- Der Themenbereich „8.1 Themenwelten“ wird in der Machbarkeitsstudie fachlich und finanziell vertieft.
- Dauerhafter Alltagsnutzen und gesicherte Nachnutzung sind zwingende Voraussetzungen.
- Über die Umsetzung wird erst nach transparenter Prüfung und politischem Beschluss entschieden.
- Gemeinsame Erzählung statt unverbundener Einzelthemen.
- Jede Themenwelt benötigt Ort, fachlichen Träger und bleibenden Anker.
- Begrenzung auf wenige profilbildende Themen erhöht Wiedererkennbarkeit.

8.2 Programmprinzipien

Die Programmprinzipien bilden den verbindlichen Qualitätsrahmen für die spätere Auswahl und Ausgestaltung der Veranstaltungen, Bildungsangebote, Ausstellungen und Mitmachformate. Sie sollen verhindern, dass die Landesgartenschau zu einer bloßen Abfolge publikumswirksamer Einzelveranstaltungen wird. Stattdessen muss ein inhaltlich zusammenhängendes Programm entstehen, das die räumlichen und ökologischen Leitideen der Schau aufgreift, die Besonderheiten Aurichs und Ostfrieslands glaubwürdig vermittelt und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anspricht.

Ein zentrales Prinzip ist die regionale Authentizität. Ostfriesische Kultur sollte nicht als folkloristische Kulisse inszeniert, sondern in ihrer heutigen Vielfalt und Veränderungsfähigkeit gezeigt werden. Plattdeutsche Sprache, Tee- und Vereinskultur, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Handwerk, Musik, Literatur und regionale Alltagskultur können wichtige Bestandteile des Programms sein. Sie sollten jedoch mit aktuellen Fragen verbunden werden: Wie verändert sich das Leben im ländlichen Raum? Wie lassen sich Tradition, Klimaanpassung, erneuerbare Energien und gesellschaftlicher Wandel miteinander vereinbaren? Auf diese Weise entsteht keine rückwärtsgewandte Heimatdarstellung, sondern ein zeitgemäßes Bild Ostfrieslands.

Ebenso wichtig ist die Beteiligung regionaler Akteure. Schulen, Kindertagesstätten, Vereine, Kulturschaffende, soziale Einrichtungen, Kirchen, Unternehmen und Initiativen sollten nicht erst kurz vor der Eröffnung als Programmlieferanten angesprochen werden. Sie müssen frühzeitig an der Entwicklung von Themen, Formaten und Veranstaltungsreihen beteiligt werden. Dafür braucht es transparente Auswahlverfahren, realistische Budgets, fachliche Unterstützung und feste Ansprechpartner. Beteiligung darf nicht bedeuten, dass ehrenamtliche Akteure lediglich kostenlose Leistungen für die Gartenschau erbringen sollen.

Das Programm sollte außerdem unterschiedliche Zugänge ermöglichen. Neben eintrittspflichtigen Angeboten auf dem eigentlichen Ausstellungsgelände sind möglichst auch frei zugängliche Veranstaltungen, Stadträume und

dezentrale Programmpunkte vorzusehen. Dadurch können Menschen erreicht werden, die sich keine Eintrittskarte leisten können oder die Landesgartenschau nur punktuell besuchen möchten. Barrierearme, mehrsprachige, generationenübergreifende und inklusive Formate sollten von Beginn an zum Programmstandard gehören.

KEY FACTS

- Ein verbindlicher Programmrahmen sichert Qualität, regionale Glaubwürdigkeit und thematische Ausgewogenheit.
- Ostfriesische Kultur wird zeitgemäß und vielfältig vermittelt – nicht als folkloristische Kulisse.
- Schulen, Vereine, Kultur, soziale Träger und Wirtschaft werden frühzeitig als Mitgestalter eingebunden.
- Frei zugängliche, barrierearme und inklusive Angebote ergänzen die eintrittspflichtigen Bereiche.
- Kontinuierliche kleinere Formate erhalten Vorrang vor einer Dominanz kostenintensiver Großveranstaltungen.
- Ein transparentes Kriterienraster bewertet Beiträge zu Bildung, Teilhabe, Ökologie, regionaler Identität und Vertiefung.
- Programmlinien und Kooperationen sollen möglichst über das Veranstaltungsjahr 2038 hinaus fortgeführt werden..

9. Bürgerbeteiligung: „Aurich blüht auf - Dialog“

Beteiligung ist hier keine nachträgliche Akzeptanzbeschaffung, sondern Teil der Entscheidungsvorbereitung. Bevor Standorte und Projekte festgelegt werden, sollen Bürgerinnen und Bürger beschreiben können, was ihnen in Aurich fehlt, welche Räume sie schätzen und wo sie Konflikte erwarten. Dieses Wissen verbessert die Planung und schafft eine nachvollziehbare Grundlage für Prioritäten.

Der Dialog benötigt klare Spielregeln. Es muss transparent sein, was offen entschieden werden kann, welche rechtlichen oder finanziellen Grenzen bestehen und wie mit Vorschlägen verfahren wird. Repräsentative und niedrigschwellige Formate sollen verhindern, dass nur besonders organisierte Interessen gehört werden. Zu jeder wesentlichen Anregung ist öffentlich zu dokumentieren, ob und warum sie übernommen, verändert oder verworfen wurde.

Beteiligung beginnt vor der Standortentscheidung. Sie soll Erwartungen klären, lokales Wissen nutzen, Konflikte früh erkennen und nachvollziehbar zeigen, was übernommen, verändert oder verworfen wurde.

Der **Aurich blüht auf - Dialog** soll also nicht nachträglich Zustimmung zu einer bereits festgelegten Bewerbung erzeugen. Er ist Teil der politischen und fachlichen Entscheidungsvorbereitung. Bevor Standorte, Investitionsschwerpunkte oder Veranstaltungsformate festgelegt werden, sollen Bürgerinnen und Bürger ihr Alltagswissen einbringen: Welche Orte funktionieren gut, wo fehlen Grün, Wege oder Aufenthaltsqualität, welche Flächen sind sensibel und welche Konflikte müssen früh berücksichtigt werden? Dieses Wissen ersetzt keine Fachplanung, verbessert aber ihre Ausgangslage und macht Prioritäten nachvollziehbarer.

Beteiligung muss unterschiedliche Grade des Einflusses klar voneinander unterscheiden. Information, Anhörung, gemeinsame Entwicklung und förmliche Mitentscheidung sind nicht dasselbe. Für jede Phase ist deshalb vorab offenzulegen, welche Fragen tatsächlich offen sind, welche gesetzlichen, finanziellen oder förderrechtlichen Grenzen bestehen und welche Entscheidungen dem Rat vorbehalten bleiben. Ein Bürgerentscheid kann nur für rechtlich zulässige und politisch geeignete Grundsatzfragen erwogen werden; er darf nicht als pauschales Versprechen am Beginn des Prozesses stehen.

Der Dialog ist als mehrjähriger, lernender Prozess anzulegen. Er verbindet offene Beteiligungsangebote mit gezielter Ansprache bislang wenig gehörter Gruppen, fachlicher Prüfung und einer verbindlichen Rückmeldung. Entscheidend ist nicht die Zahl eingereicherter Ideen, sondern ob aus ihnen belastbare Varianten entstehen und öffentlich erkennbar wird, welche Hinweise in Planung und Entscheidung eingeflossen sind.

Phase	Frage	Formate	Ergebnis
1 Zuhören	Was fehlt Aurich?	Ortsteilforen, Jugenddialog, mobile Stationen, Online-Karte.	Bedarfs- und Konfliktatlas.
2 Entwerfen	Welche Zukunftsbilder verbinden?	Werkstätten, Spaziergänge, Fachforen, Ideenlabore.	Leitbilder und Projektideen.
3 Prüfen	Was ist machbar und bezahlbar?	Planungszellen, Fachchecks, offene Kostenwerkstatt.	Bewertete Varianten.
4 Entscheiden	Ist die LGS das richtige Instrument?	Ratsdebatte, öffentlicher Bericht, ggf. Bürgerentscheid.	Legitimierte Entscheidung.
5 Mitmachen	Wer übernimmt Verantwortung?	Patenschaften, Vereins- und Schulprojekte, Bürgerbudget.	Umsetzungsnetzwerk.

KEY FACTS

- Repräsentative Ansprache auch schwer erreichbarer Gruppen.
- Barrierefreie, analoge und digitale Teilnahme.
- Offene Darstellung von Kosten, Zielkonflikten und Nichtentscheidbarem.
- Antwortpflicht: Jede wesentliche Idee erhält einen dokumentierten Bearbeitungsstatus.

9.1 Qualitätsregeln

Glaubwürdige Beteiligung benötigt Regeln, die vor dem ersten Dialog beschlossen und veröffentlicht werden. Dazu gehören ein klarer Beteiligungsgegenstand, ein realistischer Zeitplan, verständliche Unterlagen, Barrierefreiheit, Datenschutz, eine faire Moderation und eine dokumentierte Antwort auf wesentliche Vorschläge. Die Regeln sollten in einer Beteiligungscharta zusammengefasst werden, an der Verwaltung, Rat und beauftragte Planungsbüros ihr Handeln messen lassen.

Offene Veranstaltungen allein führen selten zu einer ausgewogenen Beteiligung. Ergänzend sind aufsuchende Formate in Ortsteilen, Schulen, Senioreneinrichtungen und Vereinen sowie eine

zufallsbasierte Einladung von Einwohnerinnen und Einwohnern sinnvoll. Kinderbetreuung, Fahrtkostenerstattung, verständliche Sprache und geeignete Zeiten senken praktische Zugangshürden. Interessenvertretungen und unmittelbar Betroffene müssen sichtbar beteiligt werden, dürfen den Prozess aber nicht allein bestimmen.

Bei konfliktträchtigen Standort-, Verkehrs- oder Flächenfragen empfiehlt sich eine unabhängige Moderation. Sie gewährleistet keine Einigkeit, kann aber Interessen, Fakten und Wertentscheidungen sauber voneinander trennen. Die Qualität der Beteiligung sollte regelmäßig anhand von Reichweite, sozialer Vielfalt, Bearbeitungsdauer und tatsächlich übernommenen Hinweisen ausgewertet werden.

KEY FACTS

- Eine vorab beschlossene Beteiligungscharta macht Verfahren, Einflussmöglichkeiten und Grenzen verbindlich.
- Die Teilnehmerschaft wird nicht dem Zufall offener Abendveranstaltungen überlassen, sondern gezielt verbreitert.
- Barrierefreiheit umfasst Zugänglichkeit, Sprache, Zeiten, Kinderbetreuung und bei Bedarf Fahrtkostenerstattung.
- Konfliktträchtige Fragen werden unabhängig moderiert; Reichweite und Wirkung des Dialogs werden evaluiert.
- Kosten, Zielkonflikte, Bindungen und nicht entscheidbare Fragen offenlegen.
- Unabhängige Moderation und externe Qualitätssicherung bei strittigen Fragen.
- Jede wesentliche Eingabe erhält einen öffentlich nachvollziehbaren Bearbeitungsstatus.

9.2 Dialogphasen und Beteiligungsformate

Der Dialog folgt einer nachvollziehbaren Abfolge von Zuhören, Entwerfen, Prüfen, Entscheiden und Mitmachen. Diese Reihenfolge schützt vor zwei typischen Fehlern: Lösungen werden nicht festgelegt, bevor Bedarfe und Konflikte bekannt sind; zugleich gelangen unausgereifte Ideen nicht ohne fachliche, rechtliche und finanzielle Prüfung in die politische Entscheidung. Jede Phase endet mit einem veröffentlichten Zwischenergebnis, das den Ausgangspunkt der nächsten Phase bildet.

Die Formate werden nach der jeweiligen Aufgabe ausgewählt. Eine Online-Karte eignet sich zum Sammeln räumlicher Hinweise, ersetzt aber keine Ortsteilgespräche oder Spaziergänge. Werkstätten dienen der gemeinsamen Entwicklung von Varianten; Fachforen und Kostenwerkstätten prüfen deren Realisierbarkeit. Planungszellen oder geloste Bürgergruppen können helfen, konkurrierende Varianten aus Sicht des Gemeinwohls abzuwägen. Für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Personen mit geringen Deutschkenntnissen sind eigene, geeignete Zugänge vorzusehen.

Phase	Frage	Formate	Ergebnis
1 Zuhören	Was fehlt Aurich?	Ortsteilforen, Jugenddialog, mobile Stationen, Online-Karte.	Bedarfs- und Konfliktatlas.
2 Entwerfen	Welche Zukunftsbilder verbinden?	Werkstätten, Spaziergänge, Fachforen, Ideenlabore.	Leitbilder und Projektideen.
3 Prüfen	Was ist machbar und bezahlbar?	Planungszellen, Fachchecks, offene Kostenwerkstatt.	Bewertete Varianten.
4 Entscheiden	Ist die LGS das richtige Instrument?	Ratsdebatte, öffentlicher Bericht, ggf. Bürgerentscheid.	Legitimierte Entscheidung.
5 Mitmachen	Wer übernimmt Verantwortung?	Patenschaften, Vereins- und Schulprojekte, Bürgerbudget.	Umsetzungsnetzwerk.

Zwischen den Phasen darf der Prozess nicht jeweils bei null beginnen. Eine Dialogkoordination führt ein öffentliches Ideen- und Prüfreger, dokumentiert offene Fragen und sorgt dafür, dass Teilnehmende die Entwicklung ihrer Vorschläge verfolgen können. Wichtige Meilensteine sind mit der Machbarkeitsstudie und den politischen Stop-or-Go-Entscheidungen zu verzahnen.

KEY FACTS

- Fünf Phasen führen vom lokalen Bedarf über geprüfte Varianten zu Entscheidung und Mitwirkung.
- Jede Phase hat eine klare Leitfrage, geeignete Formate und ein veröffentlichtes Ergebnis.
- Digitale Angebote ergänzen Ortsteilformate, Spaziergänge, Werkstätten und geloste Gruppen, ersetzen sie aber nicht.
- Standort- und Investitionsentscheidungen werden erst nach der Bedarfs-, Konflikt- und Machbarkeitsprüfung getroffen.
- Ein öffentliches Ideen- und Prüfreger sichert Kontinuität und Nachvollziehbarkeit.

9.3 Rückkopplung, Entscheidung und Verstetigung

Beteiligung verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn Vorschläge gesammelt werden, ihr weiterer Weg aber unsichtbar bleibt. Deshalb sollte jede wesentliche Eingabe in einer öffentlich einsehbaren Rückkopplungsmatrix einem Bearbeitungsstatus zugeordnet werden: übernommen, in veränderter Form weiterverfolgt, noch zu prüfen oder begründet verworfen. Zu jedem Status gehören eine kurze Begründung, eine verantwortliche Stelle und – soweit möglich – ein Termin für den nächsten Prüfschritt. Personenbezogene Daten werden dabei nicht veröffentlicht.

Für die Prozesssteuerung empfiehlt sich eine kleine Dialogkoordination in der Verwaltung, unterstützt durch einen plural besetzten Dialogbeirat aus Bürgerschaft, Jugend, Wirtschaft, Landwirtschaft, Sozialem, Kultur, Umwelt und Ortsteilen. Der Beirat überwacht Verfahrensqualität und Transparenz, trifft aber keine Entscheidungen anstelle des Rates. Fachliche und politische Entscheidungen müssen anhand

zuvor veröffentlichter Kriterien wie dauerhafter Nutzen, Kosten, Klimawirkung, Flächenverträglichkeit, Barrierefreiheit und Umsetzbarkeit begründet werden.

Mit einer positiven Bewerbungsentscheidung endet die Beteiligung nicht. Patenschaften, Bürgerbudgets, Schul- und Vereinsprojekte sowie thematische Arbeitsgruppen können ausgewählte Ideen in die Umsetzung führen. Nach der Landesgartenschau ist zu prüfen, welche Netzwerke, Dialogformate und Beteiligungsbudgets dauerhaft in die Auricher Stadtentwicklung übernommen werden. Damit hinterlässt der Prozess selbst dann einen Nutzen, wenn die Bewerbung nicht eingereicht oder nicht erfolgreich sein sollte.

KEY FACTS

- Öffentliche Rückkopplungsmatrix mit Status, Begründung, Zuständigkeit und nächstem Schritt.
- Dialogkoordination als feste Anlaufstelle; plural besetzter Beirat zur Qualitätssicherung.
- Politische Entscheidungen anhand vorab veröffentlichter Kriterien begründen.
- Bürgerbudget, Patenschaften und Projektgruppen für die Umsetzungsphase vorsehen.
- Dialogstrukturen und Netzwerke unabhängig vom Bewerbungserfolg nutzbar halten.
- Rückmeldung ist verbindlicher Bestandteil des Verfahrens und keine freiwillige Abschlusskommunikation.
- Der Dialogbeirat kontrolliert Fairness und Transparenz, ohne die Entscheidungsverantwortung des Rates zu ersetzen.
- Eine Kriterienmatrix verbindet Bürgerwissen mit fachlicher, finanzieller und politischer Abwägung.
- Beteiligungsmöglichkeiten reichen nach einer positiven Entscheidung von Patenschaften bis zu Bürgerbudgets.
- Der Aurich blüht auf - Dialog soll auch bei einer Nichtbewerbung verwertbare Projekte und dauerhafte Netzwerke hinterlassen.

10. Regionale Partnerschaft

Eine erste Landesgartenschau Ostfrieslands gewinnt an Bedeutung, wenn sie als regionales Vorhaben angelegt wird. Aurich bleibt Bewerberin und trägt die zentrale Verantwortung, sollte aber Landkreis, Nachbargemeinden und regionale Organisationen frühzeitig an Themen, Mobilität, Tourismus und dezentralen Projekten beteiligen. Eine solche Partnerschaft verbreitert Kompetenz und Rückhalt und verteilt wirtschaftliche Effekte über das Stadtgebiet hinaus.

Kooperation funktioniert nur, wenn Rollen, Kosten und Nutzen konkret vereinbart werden. Jede Partnerorganisation benötigt ein klar beschriebenes Arbeitspaket und eine verlässliche Entscheidungsstruktur. Unverbindliche Unterstützungsschreiben reichen nicht aus. Ziel sind belastbare Vereinbarungen über Projekte, Finanzierung, Personal, Kommunikation und Nachnutzung.

„Die Landesgartenschau für Ostfriesland“ darf kein Etikett sein. Landkreis, Nachbarkommunen und regionale Institutionen benötigen echte Rollen, Nutzen und Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Partner	Möglicher Beitrag	Gegenwert/Nutzen
Landkreis	Mobilität, Radwege, Bildung, Gesundheit, Finanzierung einzelner Projekte.	Regionale Infrastruktur und Sichtbarkeit.
Nachbarkommunen	Satelliten, Kultur, touristische Routen, Shuttle-Knoten.	Besucherströme und gemeinsame Vermarktung.
Landwirtschaft/Landvolk	Praxisprojekte, Flächenwissen, Ernährung, Wasser.	Innovation, Dialog und Wertschöpfung.
Wirtschaft/Handwerk	Aufträge, Sponsoring, Reallabore, Ausbildung.	Geschäft, Fachkräfte, Standortprofil.
Naturschutz/Wasserverbände	Fachplanung, Monitoring, Pflegekonzepte.	Messbare ökologische Qualität.
Vereine/Kultur/Soziales	Programm, Ehrenamt, Inklusion, Patenschaften.	Teilhabe und dauerhafte Netzwerke.
Bildung/Wissenschaft	Evaluation, Lernorte, Transfer.	Praxisbezug und regionale Kompetenz.

KEY FACTS

- „Die Landesgartenschau für Ostfriesland“ darf kein Etikett sein.
- Landkreis, Nachbarkommunen und regionale Institutionen benötigen echte Rollen, Nutzen und Mitgestaltungsmöglichkeiten.

11. Governance und Projektorganisation

Ein Vorhaben mit zwölfjährigem Horizont, zahlreichen Fördergebern und vielen Einzelprojekten verlangt eine robuste Organisation. Politische Steuerung, städtische Investitionen und der spätere Veranstaltungsbetrieb müssen institutionell getrennt, aber eng koordiniert werden. So bleiben Verantwortlichkeiten, Budgets und Risiken nachvollziehbar.

Die Governance sollte Kontinuität über Wahlperioden sichern, ohne demokratische Entscheidungen zu entwerten. Dazu gehören ein klarer Projektauftrag, regelmäßige öffentliche Berichte, unabhängige fachliche Prüfung und verbindliche Regeln für Änderungen. Personalbedarf und Wissenstransfer sind früh einzuplanen, damit das Projekt nicht durch Überlastung der bestehenden Verwaltung scheitert.

11.1 Organisationsmodell

Das Organisationsmodell muss politische Verantwortung, fachliche Unabhängigkeit und operative Handlungsfähigkeit verbinden. Schnittstellen und Entscheidungsrechte sind schriftlich festzulegen, bevor größere Planungsaufträge vergeben werden.

Für die weitere Bearbeitung bedeutet dies, dass zunächst der fachliche Ausgangszustand und der konkrete Bedarf dokumentiert werden. Darauf aufbauend sind realistische Varianten, Zuständigkeiten, Investitions- und Folgekosten sowie messbare Wirkungen zu bestimmen. Erst wenn diese Grundlagen vorliegen, kann entschieden werden, ob der Baustein Bestandteil einer Bewerbung, ein eigenständiges Stadtentwicklungsprojekt oder bewusst nicht weiterverfolgt werden soll.

KEY FACTS

- Politischer Lenkungskreis: Grundsatzentscheidungen, Budgetrahmen und Rechenschaft.
- Städtisches Projektbüro „Aurich 2038“: Koordination, Fördermittel, Beteiligung, Schnittstellen zu Fachämtern.
- Unabhängiger Fachbeirat: Freiraum, Klima, Wasser, Mobilität, Wirtschaft, Finanzen, Inklusion und Denkmalpflege.
- Regionalrat/Partnerforum: Landkreis, Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Zivilgesellschaft.
- Nach Zuschlag: eigenständige Durchführungsgesellschaft mit klarer Abgrenzung zu städtischen Investitionsprojekten

11.2 Verbindliche Projektregeln

Projektregeln schaffen Verlässlichkeit über lange Zeiträume. Sie begrenzen Kosten- und Leistungsänderungen, sichern Transparenz und sorgen dafür, dass Risiken nicht zwischen Teilprojekten oder Organisationen verschwinden.

Für die weitere Bearbeitung bedeutet dies, dass zunächst der fachliche Ausgangszustand und der konkrete Bedarf dokumentiert werden. Darauf aufbauend sind realistische Varianten, Zuständigkeiten, Investitions- und Folgekosten sowie messbare Wirkungen zu bestimmen. Erst wenn diese Grundlagen vorliegen, kann entschieden werden, ob der Baustein Bestandteil einer Bewerbung, ein eigenständiges Stadtentwicklungsprojekt oder bewusst nicht weiterverfolgt werden soll.

KEY FACTS

- Ein Projektauftrag mit Zielen, Nicht-Zielen, Rollen, Entscheidungsrechten und Berichtspflichten.
- Quartalsweises Kosten-, Termin-, Risiko- und Nutzenreporting.
- Änderungskontrolle: Mehrkosten nur mit Deckungsvorschlag und Nutzenbegründung.
- Transparenzregister für Aufträge, Sponsoring und wesentliche Interessenkonflikte.
- Externe Qualitätssicherung an jedem Entscheidungstor.

12. Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitskonzept

Die Finanzierungsfrage ist der entscheidende Belastungstest. Investitionen in bleibende Infrastruktur, Kosten der sechsmonatigen Durchführung und dauerhafte Pflegeausgaben müssen vollständig voneinander getrennt werden. Nur dadurch wird sichtbar, welche Einnahmen und Fördermittel tatsächlich welchem Zweck dienen und welches Risiko letztlich bei der Stadt verbleibt.

Für 2038 lässt sich heute kein seriöser Endbetrag nennen. Notwendig sind Szenarien mit einheitlichem Preisstand, klaren Leistungsumfängen und Sensitivitäten für Baupreise, Besucherzahlen, Zinsen und Förderquoten. Jede Investition benötigt außerdem eine Lebenszyklusrechnung. Eine hohe Förderung macht ein Projekt nicht automatisch wirtschaftlich, wenn Betrieb und Instandhaltung dauerhaft den Haushalt belasten.

KEY FACTS

- Vollkosten über Planung, Bau, Betrieb, Rückbau und mindestens 15–20 Jahre Nachnutzung.
- Direkte monetäre Effekte getrennt von gesellschaftlichem Nutzen ausweisen.
- Keine Doppelzählung von Besucherumsätzen, Fördermitteln oder ohnehin geplanten Investitionen.
- Sensitivitäten für Besucherzahl, Baukosten, Zins, Förderquote und Betriebskosten.

12.1 Strikte Trennung der Budgets

Die Budgettrennung verhindert, dass einmalige Erlöse mit dauerhaften Investitions- oder Pflegeverpflichtungen verrechnet werden. Sie ist Voraussetzung für eine ehrliche politische und kommunalaufsichtliche Bewertung.

Die Budgettrennung muss auch organisatorisch und buchhalterisch nachvollziehbar sein. Ticket- oder Sponsorenerlöse des Veranstaltungsbetriebs dürfen nicht verwendet werden, um strukturelle Finanzierungslücken dauerhafter Anlagen zu verdecken. Umgekehrt sind reguläre städtische Investitionen transparent abzugrenzen. Eine gemeinsame Gesamtübersicht bleibt dennoch notwendig, damit Liquiditätsbedarf, Vorfinanzierung und kumuliertes kommunales Risiko sichtbar werden.

Budget	Inhalt	Finanzierungslogik
Investition	Dauerhafte Parks, Wege, Plätze, Wasser-, Mobilitäts- und Besucherinfrastruktur.	Kommunale Mittel, Land, Bund/EU, Städtebau, Klima, Mobilität, Tourismus, Partner.
Durchführung	Personal, Betrieb, Programm, Sicherheit, Reinigung, Marketing, temporäre Infrastruktur.	Tickets, Pachten, Sponsoring, Lizenzen, Zuschüsse; Defizitrisiko gesondert absichern.

Budget	Inhalt	Finanzierungslogik
Nachnutzung	Pflege, Betrieb, Erneuerung und Programm nach 2038.	Dauerhafter städtischer/partnerschaftlicher Haushalt; Rücklagen und Pflegepartnerschaften.

KEY FACTS

- Investition, Veranstaltungsbetrieb und Nachnutzung werden getrennt geplant und gebucht.
- Erlöse des Veranstaltungsbetriebs verdecken keine Finanzierungslücken dauerhafter Anlagen.
- Eine Gesamtübersicht zeigt Liquidität, Vorfinanzierung und kumuliertes Stadtrisiko.

12.2 Szenarien statt Scheingenauigkeit

Szenarien zeigen, wie Nutzen und Risiko mit dem Ambitionsniveau wachsen. Sie ermöglichen eine bewusste Auswahl und machen deutlich, welche Bausteine bei geringeren Fördermitteln oder höheren Baukosten entfallen müssten.

Die Szenarien sollten nicht nur unterschiedliche Summen, sondern klar unterscheidbare Leistungsbilder enthalten. Im kompakten Szenario werden vorhandene Räume qualifiziert, im ausgewogenen Szenario kommen ausgewählte Schlüsselprojekte hinzu, während das transformative Szenario größere Neuordnungen voraussetzt. Für jedes Szenario sind Nutzen, Förderchance, Personalbedarf und Folgekosten gegenüberzustellen. So wird eine politische Entscheidung über Leistung statt über eine abstrakte Zahl möglich.

Für die Vorprüfung werden drei Ambitionsszenarien in konstanten Preisen des jeweiligen Basisjahres empfohlen. Die folgenden Werte sind keine Kostenschätzung für Aurich, sondern ein methodischer Rahmen, der in der Machbarkeitsstudie zu befüllen ist.

Szenario	Charakter	Planungsrahmen Investition*	Entscheidungsfrage
Kompakt	Bestehende Räume qualifizieren; geringe Neubaudichte.	z. B. 20–30 Mio. €	Reicht die Wirkung für Bewerbung und Alltag?
Ausgewogen	Blau-grünes Kernband plus gezielte Schlüsselprojekte.	z. B. 30–50 Mio. €	Bestes Verhältnis aus Nutzen, Förderung und Risiko?
Transformativ	Große Flächenneuordnung und neue Infrastruktur.	z. B. 50–75 Mio. €+	Finanziell und organisatorisch überhaupt vertretbar?

* Reine methodische Orientierungsbandbreiten, ohne Preissteigerung bis 2038, Grunderwerb, Altlasten, Finanzierungskosten und Durchführungshaushalt; keine Vorfestlegung.

KEY FACTS

- Für die Vorprüfung werden drei Ambitionsszenarien in konstanten Preisen des jeweiligen Basisjahres empfohlen.
- Die folgenden Werte sind keine Kostenschätzung für Aurich, sondern ein methodischer Rahmen, der in der Machbarkeitsstudie zu befüllen ist.
- * Reine methodische Orientierungsbandbreiten, ohne Preissteigerung bis 2038, Grunderwerb, Altlasten, Finanzierungskosten und Durchführungshaushalt; keine Vorfestlegung.

12.3 Finanzielle Mindestbedingungen

Finanzielle Mindestbedingungen sind rote Linien, keine unverbindlichen Ziele. Werden sie nicht erfüllt, muss das Projekt angepasst, verschoben oder beendet werden können.

Zu den roten Linien sollte eine maximale kommunale Nettobelastung gehören, die sowohl Investition als auch erwartbaren Betriebsfehlbedarf berücksichtigt. Ebenso nötig sind eine Mindestreserve, eine Obergrenze für ungesicherte Erlösannahmen und ein finanzierter Pflegeplan. Diese Grenzen sollten vor Auswahl der Vorzugsvariante beschlossen werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sie später an ein bereits emotional favorisiertes Konzept angepasst werden.

KEY FACTS

- Fördermittel erst als gesichert werten, wenn Bewilligung bzw. belastbare Förderzusage vorliegt.
- Eintrittserlöse konservativ mit Wetter-, Preis- und Besucherbandszenarien planen. Kommunal
- Eigenanteil muss mit mittelfristiger Finanzplanung und Pflichtaufgaben vereinbar sein.
- Keine Bewerbung ohne bestätigte Nachnutzungs- und Pflegefinanzierung.
- Mindestens 15–20 % Risikoreserve auf noch unreife Kostenpositionen; später risikobasiert fortschreiben.
- Preisstand, Umsatzsteuer, Planung, Grunderwerb, Altlasten, Baupreissteigerung und Finanzierungskosten transparent ausweisen.

12.4 Förderarchitektur

Förderprogramme besitzen unterschiedliche Ziele, Fristen und Zweckbindungen. Ein professionelles Fördermanagement muss Projekte früh passend zuschneiden, ohne sie allein nach Förderverfügbarkeit auszurichten.

Eine Fördermatrix sollte für jedes Projekt Förderziel, Fördersatz, Eigenmittel, Frist, Zweckbindung und Kumulierbarkeit ausweisen. Weil Programme sich bis 2038 verändern, braucht Aurich modulare Projekte, die auch unter einer anderen Förderkulisse sinnvoll bleiben. Förderanträge sind zudem zeitlich mit Planung und Vergabe abzustimmen: Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn kann Förderfähigkeit gefährden, während späte Bescheide den Bauablauf verzögern.

Ein eigenes Fördermittelmanagement muss jede Dauermaßnahme dem passendsten Programm zuordnen. Doppelförderung ist auszuschließen; Förderbedingungen, Zweckbindungsfristen und Vorfinanzierung sind früh zu prüfen. Relevante Felder können Landesgartenschau, Städtebauförderung,

Klimaanpassung, Naturschutz, Wasser, nachhaltige Mobilität, Tourismus, regionale Entwicklung, Denkmalschutz und Bildung sein.

KEY FACTS

- Ein eigenes Fördermittelmanagement muss jede Dauermaßnahme dem passendsten Programm zuordnen.
- Doppelförderung ist auszuschließen; Förderbedingungen, Zweckbindungsfristen und Vorfinanzierung sind früh zu prüfen.
- Relevante Felder können Landesgartenschau, Städtebauförderung, Klimaanpassung, Naturschutz, Wasser, nachhaltige Mobilität, Tourismus, regionale Entwicklung, Denkmalschutz und Bildung sein.

12.5 Wirtschaftlichkeitsrechnung

Die Wirtschaftlichkeitsrechnung soll keine einzelne vermeintlich exakte Renditezahl erzeugen. Sie ist eine mehrdimensionale Entscheidungsrechnung, die zeigt, welche zusätzlichen Kosten, Erlöse, Haushaltsbelastungen und dauerhaften Wirkungen durch die Landesgartenschau entstehen. Dafür müssen kommunale Zahlungsströme, die Wirtschaftlichkeit des Veranstaltungs- und Investitionsprojekts, regionalökonomische Effekte und gesellschaftliche Nutzen getrennt berechnet und erst anschließend gemeinsam bewertet werden.

Ausgangspunkt ist ein nachvollziehbarer Referenzfall ohne Landesgartenschau. Ihm werden mindestens die untersuchten Projektvarianten gegenübergestellt. Nur die Differenz zwischen Referenzfall und jeweiliger Variante ist der Landesgartenschau zuzurechnen. Bereits beschlossene oder unabhängig von der Schau notwendige Maßnahmen bleiben als „Sowieso-Maßnahmen“ kenntlich; angerechnet werden dürfen nur zusätzliche Kosten, Beschleunigungseffekte oder Qualitätsänderungen. So wird verhindert, dass ohnehin erforderliche Investitionen zugleich als Kosten und als Nutzen der Landesgartenschau erscheinen.

Die Rechnung sollte mindestens vier Ebenen unterscheiden:

Rechnungsebene	Leitfrage	Einbezogene Größen	Aussagegrenze
Kommunaler Haushalt	Welche Belastung verbleibt bei der Stadt?	Eigenmittel, Zuschüsse, Personal, Finanzierung, Betrieb, Pflege, Steuern und Gebühren.	Zeigt Zahlungsfähigkeit und Haushaltsrisiko, nicht den gesamten regionalen Nutzen.
Projektwirtschaftlichkeit	Trägt sich die Durchführung und was kostet die Investitionsvariante?	Zusätzliche Projektkosten und -erlöse gegenüber dem Referenzfall; Lebenszyklus und Restwerte.	Tickets oder Sponsoring finanzieren nicht automatisch dauerhafte Investitionen.
Regionalökonomische Wirkung	Welche zusätzliche Wertschöpfung entsteht in Aurich und der Region?	Zusätzliche Ausgaben, lokale Vorleistungen, Beschäftigung und Verdrängungs- beziehungsweise Verlagerungseffekte.	Umsatz ist weder Wertschöpfung noch kommunaler Ertrag und darf nicht doppelt gezählt werden.

Rechnungsebene	Leitfrage	Einbezogene Größen	Aussagegrenze
Gesellschaftlicher Nutzen	Welche nicht oder nur teilweise monetarisierbaren Wirkungen entstehen?	Klimaresilienz, Biodiversität, Gesundheit, Teilhabe, Stadtbild, Bildung und Standortqualität.	Wird mit Indikatoren und Zielwerten bewertet und nicht künstlich zu einem Scheingeldwert verdichtet.

Für Investitionen sind Planung, Grunderwerb, Bau, Finanzierung, Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung, Rückbau und ein angemessener Restwert über einen einheitlichen Betrachtungszeitraum einzubeziehen. Zahlungsströme verschiedener Jahre werden mit einem offengelegten Kalkulationszins auf einen gemeinsamen Bezugszeitpunkt abgezinst. Der Betrachtungszeitraum sollte die Landesgartenschau und mindestens 15 bis 20 Jahre Nachnutzung umfassen; für langlebige Anlagen sind ergänzend längere Nutzungsdauern und Restwerte darzustellen.

Besucherzahlen, Eintrittspreise, Aufenthaltsdauer und Ausgaben müssen aus einem konsistenten Nachfrage- und Verkehrsszenario stammen. Von den Bruttoumsätzen sind Ausgaben abzuziehen, die lediglich zeitlich oder räumlich innerhalb der Region verlagert werden. Fördermittel senken die kommunale Belastung, sind aber kein volkswirtschaftlicher Nutzen. Steuern dürfen nur insoweit als kommunale Wirkung ausgewiesen werden, wie sie Aurich tatsächlich zufließen. Arbeitsplätze sind nach zusätzlich, zeitlich befristet und dauerhaft zu unterscheiden.

Die zentralen Annahmen werden in einem Annahmenbuch dokumentiert und durch Basis-, Negativ- und Stressszenarien geprüft. Sensitivitäts- und Schwellenwertanalysen zeigen beispielsweise, bei welcher Besucherzahl der Durchführungshaushalt kippt, welche Baukostensteigerung die Finanzierungsgrenze überschreitet oder welche Förderquote mindestens erforderlich ist. Neben den Rechenergebnissen sind Datenqualität, Bandbreiten und nicht monetarisierbare Wirkungen offenzulegen. Vor einer Bewerbungsentscheidung sollte die Methodik extern plausibilisiert und in einer verständlichen Kurzfassung veröffentlicht werden.

KEY FACTS

- Referenzfall ohne Landesgartenschau und alle Projektvarianten werden mit identischem Preisstand und Leistungsumfang verglichen.
- Entscheidungsrelevant sind die zusätzlichen Wirkungen gegenüber dem Referenzfall; „Sowieso-Maßnahmen“ bleiben gesondert erkennbar.
- Kommunale Haushaltswirkung, Projektwirtschaftlichkeit, regionale Wertschöpfung und gesellschaftlicher Nutzen werden getrennt ausgewiesen.
- Die Lebenszyklusrechnung umfasst Planung bis Rückbau sowie mindestens 15 bis 20 Jahre Nachnutzung, Abzinsung und Restwerte.
- Besucherumsätze, Fördermittel, Wertschöpfung und kommunale Einnahmen dürfen weder gleichgesetzt noch doppelt gezählt werden.
- Basis-, Negativ- und Stressszenarien sowie Schwellenwerte machen sichtbar, wann Finanzierung oder Durchführung nicht mehr tragfähig sind.
- Annahmen, Datenqualität und Bandbreiten werden veröffentlicht und vor der Bewerbungsentscheidung extern plausibilisiert.

13. Sponsoring und Erlöse

Eine belastbare Rechnung betrachtet den gesamten Lebenszyklus und trennt haushaltswirksame Zahlungsströme von breiteren gesellschaftlichen Effekten. Annahmen und Sensitivitäten müssen öffentlich nachvollziehbar sein.

Besucherbedingte Umsätze sind getrennt nach Stadt, Region und Verlagerungseffekten zu betrachten. Nicht jeder zusätzliche Umsatz ist kommunaler Ertrag; ebenso können Belastungen wie Reinigung, Sicherheit oder Verkehr entstehen. Eine seriöse Rechnung weist deshalb direkte Zahlungswirkungen, regionale Wertschöpfung und nichtmonetäre Nutzen getrennt aus. Externe Plausibilisierung und veröffentlichte Annahmen stärken die Belastbarkeit der politischen Debatte.

KEY FACTS

- „Sowieso-Kosten“ nur mit bestehender Beschluss- oder Bedarfsgrundlage anrechnen. Kommunaler Eigenanteil muss mit mittelfristiger Finanzplanung und Pflichtaufgaben vereinbar sein.
- Keine Bewerbung ohne bestätigte Nachnutzungs- und Pflegefinanzierung.
- Mindestens 15–20 % Risikoreserve auf noch unreife Kostenpositionen; später risikobasiert fortschreiben.
- Preisstand, Umsatzsteuer, Planung, Grunderwerb, Altlasten, Baupreissteigerung und Finanzierungskosten transparent ausweisen.

13. Sponsoring und Erlöse

Sponsoring, Tickets, Pachten und Lizenzen können den Durchführungshaushalt entlasten, dürfen jedoch nicht als sichere Vollfinanzierung behandelt werden. Einnahmen reagieren auf Wetter, Konjunktur, Preisakzeptanz und Besucherinteresse. Die Kalkulation muss deshalb konservative, mittlere und optimistische Szenarien enthalten und variable Ausgaben soweit möglich an die tatsächliche Nachfrage anpassen.

Für Sponsoren sind transparente Kategorien, Gegenleistungen und Ausschlusskriterien notwendig. Öffentliche Räume und Programmentscheidungen dürfen nicht von einzelnen Geldgebern dominiert werden. Zugleich kann ein professionelles Partnerschaftsmodell Unternehmen sinnvoll in Innovation, Bildung, Mobilität oder Kreislaufwirtschaft einbinden.

KEY FACTS

- Sponsoring darf öffentliche Prioritäten nicht bestimmen; transparente Kategorien und Ausschlusskriterien.
- Kein Verkauf ökologischer Integrität: temporäre Werbeflächen zurückhaltend und gestalterisch geregelt
- Mehrjährige Partnerpakete mit konkretem Sachbezug und überprüfbaren Nachhaltigkeitsanforderungen.
- Pachten und Konzessionen realistisch, wettbewerbsfähig und sozial verträglich kalkulieren.
- Ticketstruktur mit Frühbuchung, Familien-, Sozial- und ÖPNV-Komponenten; kostenlose Teilbereiche prüfen.

14. Zeit- und Entscheidungsplan bis 2038

Der lange Vorlauf ist kein Nachteil, sondern ermöglicht eine schrittweise und haushalterisch kontrollierte Entwicklung. Maßnahmen können in sinnvollen Bauabschnitten realisiert werden und bereits vor 2038 Nutzen stiften. Voraussetzung ist ein realistischer Terminplan, der politische Entscheidungen, Beteiligung, Wettbewerbe, Genehmigungen, Förderanträge, Flächensicherung, Vergaben, Bau und Testbetrieb miteinander verzahnt.

Der Zeitplan darf nicht allein vom Eröffnungstermin rückwärts gerechnet werden. Er braucht Reserven für Planungs- und Genehmigungsrisiken und muss deutlich machen, welche Verzögerungen den Gesamttermin gefährden. Jedes Entscheidungstor benötigt vollständige Unterlagen; Termindruck darf nicht dazu führen, Kosten oder Umweltfolgen ungeprüft zu akzeptieren.

Phase	Zeitraum	Kernaufgaben	Entscheidungstor
0 Sondierung	2026–2027	Land/FLN ansprechen; Ausschreibungstermin, Kriterien und Förderkulisse klären; Rats-Prüfauftrag.	Go für offenen Prüfprozess.
1 Zukunftsdialog	2027–2028	Bedarfe, Beteiligung, Flächen- und Datenanalyse, regionale Partnerschaft.	Go für Variantenstudie.

Phase	Zeitraum	Kernaufgaben	Entscheidungstor
2 Machbarkeit	2028–2029	Standorte, Umwelt, Verkehr, Kosten, Finanzierung, Nachnutzung, Besucherpotenzial.	Bewerbung ja/nein.
3 Bewerbung	nach Ausschreibung	Bewerbungsbuch, Beschlüsse, Finanzbestätigung, Vor-Ort-Termin.	Zuschlag/kein Zuschlag.
4 Organisation	nach Zuschlag	Gesellschaft, Wettbewerb, Projektbüro, Förderanträge, Grunderwerb.	Freigabe Vorplanung.
5 Planung/Bau	ca. 2031–2037	Genehmigungen, modulare Bauabschnitte, Vergaben, Monitoring, Testbetrieb.	Eröffnung freigeben.
6 Schau	2038	Betrieb, Programm, Besucherlenkung, Evaluation.	Übergang Nachnutzung.
7 Vermächtnis	ab 2038	Rückbau, Pflege, Dauerbetrieb, Wirkungsbericht.	5-Jahres-Review.

KEY FACTS

- Diese Punkte müssen vor gestalterischer Detailplanung geklärt werden.

14.1 Kritischer Pfad

Der kritische Pfad zeigt jene Entscheidungen und Genehmigungen, deren Verzögerung den Eröffnungstermin unmittelbar gefährdet. Diese Punkte benötigen besondere Ressourcen, Zeitreserven und ein enges Berichtswesen.

Auf dem kritischen Pfad liegen voraussichtlich landesseitige Terminierung, Flächensicherung, Planungsrecht, wasser- und naturschutzrechtliche Verfahren sowie zentrale Vergaben. Für jeden dieser Punkte sind späteste Entscheidungstermine und Alternativen festzulegen. Ein Reserveprojektportfolio kann verhindern, dass der Ausfall einer einzelnen Maßnahme das Gesamtkonzept gefährdet. Zeitreserven sollten sichtbar bleiben und nicht schon früh durch zusätzliche Wünsche aufgebraucht werden.

Früh kritisch sind Landes-Terminierung, Flächenverfügbarkeit, kommunale Finanzkraft, Förderfähigkeit, wasser- und naturschutzrechtliche Genehmigungen sowie eine tragfähige Verkehrserschließung. Diese Punkte müssen vor gestalterischer Detailplanung geklärt werden.

KEY FACTS

- Diese Punkte müssen vor gestalterischer Detailplanung geklärt werden.

15. Risikoanalyse und Gegenmaßnahmen

Risiken sind kein Gegenargument gegen das Vorhaben, wohl aber ein Grund für professionelles Management. Kostensteigerungen, Flächenprobleme, Förderlücken, schwächere Besucherzahlen, ökologische Eingriffe, Verkehrsbelastung und fehlendes Personal können sich gegenseitig verstärken. Sie müssen deshalb nicht nur einzeln, sondern auch in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden.

Empfohlen wird ein fortlaufendes Risikoregister mit Verantwortlichen, Frühindikatoren, finanzieller Bewertung und konkreten Gegenmaßnahmen. Wesentliche Risiken gehören in die öffentliche Berichterstattung. Sobald definierte Toleranzen überschritten werden, muss eine Neuplanung, Verkleinerung oder Beendigung des betroffenen Bausteins möglich sein.

Risiko	Frühindikator	Gegenmaßnahme
Kostensteigerung	Kostenindex, geringe Planungstiefe, Nachträge.	Stufenweise Kostengenauigkeit, Reserve, Value Engineering, Änderungsboard.
Flächenblockade	Unklare Eigentumsrechte, steigende Forderungen.	Varianten, frühe Gespräche, keine spekulative Vorfestlegung.
Förderlücke	Programme passen nicht oder laufen aus.	Fördermatrix, alternative Module, Eigenanteilsgrenze.
Besucherdefizit	Schwache Nachfrage, hohe Preissensitivität.	Konservative Szenarien, Vorverkauf, flexible Betriebskosten.
Verkehrsüberlastung	Hoher Pkw-Anteil, Spitzentage.	P+R/ÖPNV, Zeitfenster, Echtzeitlenkung, Kapazitätsgrenzen.
Ökologische Schäden	Eingriffe, Trockenstress, Störung sensibler Arten.	Vermeidung, Monitoring, Pflegebudget, belastbare Genehmigungen.
Akzeptanzverlust	Intransparenz, gefühlte Vorentscheidung.	Entscheidungstore, offene Kosten, Beteiligungsantworten.
Personalmangel	Projektstellen unbesetzt, Überlastung Verwaltung.	Früher Ressourcenplan, externe Spitzen, Wissenstransfer.
Nachnutzung scheitert	Ungeklärte Eigentümer und Pflegekosten.	Betreiber je Projekt vor Baubeschluss, Pflegefonds, Rückbauoption.

KEY FACTS

- Jedes wesentliche Risiko erhält Verantwortlichen, Frühindikator und finanzielle Bewertung.
- Wechselwirkungen zwischen Kosten, Termin, Qualität und Akzeptanz werden mitbetrachtet.
- Überschrittene Toleranzen lösen Anpassung, Verkleinerung oder Abbruch aus.

16. Messbare Erfolgskriterien

Die Bewertung darf sich nicht auf Besucherzahl und mediale Reichweite beschränken. Erfolg zeigt sich vor allem daran, ob öffentliche Räume häufiger genutzt werden, Klimarisiken sinken, Naturqualitäten steigen, die Innenstadt wirtschaftlich stabiler wird und dauerhafte Angebote entstehen. Dafür sind Ausgangswerte vor Projektbeginn unverzichtbar.

Die Kennzahlen müssen verständlich, messbar und steuerungsrelevant sein. Zu jedem Ziel gehören Datenquelle, Verantwortlichkeit, Zielkorridor und Messzeitpunkt. Neben der Bewertung während der Schau sind Nachmessungen nach einem, drei und fünf Jahren erforderlich, weil sich der eigentliche Legacy-Nutzen erst im Dauerbetrieb zeigt.

Ziele werden in der Machbarkeitsstudie mit Ausgangswerten und Zielkorridoren versehen. Zahlen sollten erst nach Datenerhebung politisch beschlossen werden.

Wirkungsfeld	Beispiel-KPI	Messzeitpunkte
Klima	Entsiegelte Fläche; Regenrückhaltevolumen; verschattete Wegstrecken.	Basis, Bauende, 1/5 Jahre danach.
Natur	Biotopfläche/-qualität; heimische Arten; Pflegezustand.	Jährlich, saisonal differenziert.
Mobilität	Anreise-Modal-Split; Rad-/Fußfrequenz; Barrierefreiheit.	Vorher, Schau, danach.
Innenstadt	Leerstandsquote; Frequenz; Aufenthaltsdauer; Nutzungsmix.	Jährlich.
Wirtschaft	Lokale/regionale Auftragsbeteiligung; Übernachtungen; neue Angebote.	Planung bis 2 Jahre danach.
Soziales	Teilnehmende Gruppen; Zugänglichkeit; Ehrenamt; Zufriedenheit.	Jährlich und nach Schau.
Finanzen	Eigenanteil; Förderquote; Prognosetreue; Pflegekosten.	Quartalsweise/ jährlich.
Legacy	Anteil dauerhaft genutzter Investitionen und funktionsfähiger Projekte.	1, 3 und 5 Jahre danach.

KEY FACTS

- Ziele werden in der Machbarkeitsstudie mit Ausgangswerten und Zielkorridoren versehen.
- Zahlen sollten erst nach Datenerhebung politisch beschlossen werden.

17. Kommunikationsstrategie

Die Kommunikation muss Anspruch und Vorsicht gleichzeitig vermitteln. Aurich soll eine große Chance prüfen, aber weder eine fertige Bewerbung noch einen finanziellen Blankoscheck versprechen. Diese Unterscheidung muss in allen Formaten konsequent bleiben, damit aus frühen Visualisierungen oder Ideen keine vermeintlich beschlossenen Tatsachen werden.

Glaubwürdigkeit entsteht durch konkrete Belege: sichtbarer Dauerbedarf, offene Kosten, nachvollziehbare Entscheidungstore und eine echte Beteiligung vor der Standortwahl. Kritische Fragen sind nicht defensiv abzuwehren, sondern als legitime Prüfaufträge aufzugreifen. Das Projekt sollte überparteilich als Auricher Zukunftsvorhaben positioniert werden.

17.1 Kernbotschaft

Die Kernbotschaft muss in einem Satz erklären, dass das bessere Aurich das Ziel und die Gartenschau ein mögliches Mittel ist. Diese Reihenfolge schützt vor dem Eindruck eines Prestigeprojektes.

Die Kernbotschaft sollte in allen Phasen gleich bleiben, während sich der Grad der Konkretheit verändert: Zunächst wird eine Chance geprüft, später gegebenenfalls eine Bewerbung vertreten. Bildmaterial und Begriffe müssen diesen Status korrekt widerspiegeln. Insbesondere sollte eine frühe Visualisierung stets als Idee gekennzeichnet werden, damit sie nicht als bereits beschlossene Planung wahrgenommen wird.

Botschaft:

Aurich 2038 ist zunächst keine Bewerbung, sondern eine Einladung, gemeinsam zu klären, wie Aurich 2038 aussehen soll – und ob eine Landesgartenschau der richtige Motor dafür ist.

KEY FACTS

- Das bessere Aurich ist das Ziel; die Landesgartenschau ist ein mögliches Instrument.
- Kommunikation unterscheidet klar zwischen Idee, Prüfung, Bewerbung und Umsetzung.
- Visualisierungen werden stets mit ihrem jeweiligen Planungsstatus gekennzeichnet.

17.2 Vier kommunikative Beweise

Kommunikation überzeugt erst durch überprüfbare Belege. Dauerhafter Nutzen, offene Zahlen, faire Beteiligung und regionale Wirkung müssen daher regelmäßig anhand konkreter Projekte gezeigt werden.

Jeder kommunikative Beweis braucht ein überprüfbares Beispiel. „Was bleibt?“ wird durch konkrete Nachnutzung beantwortet; „Was kostet es?“ durch den aktuellen Kostenstand mit Bandbreite; „Wer entscheidet?“ durch veröffentlichte Entscheidungstore; „Wer profitiert?“ durch räumlich und sozial

differenzierte Nutzenangaben. Diese Beweisführung ist glaubwürdiger als eine hohe Zahl allgemeiner Zukunftsversprechen.

KEY FACTS

- Was bleibt: dauerhafte Wege, Grünräume, Klimaanpassung und Innenstadtqualität.
- Was es kostet: offen, stufenweise und mit klarer Eigenanteilsgrenze.
- Wer entscheidet: Rat und Bürgerschaft nach ergebnisoffener Prüfung.
- Wer profitiert: Alltag, Ortsteile, Region, Wirtschaft, Natur und künftige Generationen.

17.3 Umgang mit Einwänden

Kritische Einwände benennen reale Risiken und sollten nicht bagatellisiert werden. Die passende Antwort besteht aus Prüfverfahren, Grenzen und nachvollziehbaren Entscheidungen, nicht aus optimistischen Versprechen.

Einwände sollten systematisch erfasst und nach Sachfrage, Wertkonflikt und Fehlinformation unterschieden werden. Sachfragen benötigen Daten, Wertkonflikte eine politische Abwägung und Fehlinformationen eine ruhige Korrektur. Besonders sensible Themen wie Kosten, Flächenerwerb und Belastungen für Anwohner sollten nicht erst reaktiv behandelt werden. Früh veröffentlichte Prüfmaßstäbe zeigen, dass Kritik tatsächlich Konsequenzen haben kann.

Einwand	Antwortlinie
„Blumen statt Schulen?“	Pflichtaufgaben haben Vorrang. Nur ohnehin sinnvolle, dauerhaft nutzbare und finanzierbare Stadtentwicklung kommt infrage.
„Das wird viel teurer.“	Gerade deshalb keine frühe Zahl und kein Blankoscheck: externe Prüfung, Reserven, Entscheidungstore und Abbruchoption.
„2038 ist viel zu weit weg.“	Große Stadtentwicklung braucht langen Vorlauf. Jeder Schritt muss schon vorher Nutzen erzeugen.
„Die Bürger dürfen nur abnicken.“	Bedarfe und Varianten werden vor Standort und Bewerbung gemeinsam entwickelt; Entscheidungen werden begründet.
„Davon hat nur die Innenstadt etwas.“	Kompakter Kern für Wirtschaftlichkeit, verbunden mit Ortsteil- und Regionalprojekten sowie verbesserten Alltagswegen.

KEY FACTS

- Sachfragen werden mit Daten, Wertkonflikte durch politische Abwägung beantwortet.
- Kosten, Flächen und Anwohnerbelastungen werden früh und aktiv thematisiert.
- Kritik kann zu Anpassung oder Beendigung eines Projektbausteins führen.

17.4 Mögliche Leitzellen

Leitzellen verdichten die Haltung, dürfen aber die sachliche Argumentation nicht ersetzen. Sie sollten erst eingesetzt werden, wenn Zielbild und Prüfprozess verständlich erklärt sind.

Eine Leitzelle sollte kurz, positiv und über mehrere Jahre tragfähig sein. Sie darf weder einen Zuschlag vorwegnehmen noch die Gartenschau auf Blumen reduzieren. Vor einer Festlegung empfiehlt sich ein Test mit Bürgern, Partnern und touristischen Zielgruppen. Die sachliche Projektbezeichnung kann parallel bestehen bleiben, während die emotionale Leitidee je nach Projektphase behutsam weiterentwickelt wird.

KEY FACTS

- Was bleibt: dauerhafte Wege, Grünräume, Klimaanpassung und Innenstadtqualität.
- Was es kostet: offen, stufenweise und mit klarer Eigenanteils Grenze.
- Wer entscheidet: Rat und Bürgerschaft nach ergebnisoffener Prüfung.
- Wer profitiert: Alltag, Ortsteile, Region, Wirtschaft, Natur und künftige Generationen.

18. Die ersten 100 Tage eines Prüfprozesses

Die ersten 100 Tage dienen nicht der schnellen Produktion eines Bewerbungsbuchs. Sie sollen klären, ob und wann das Land Niedersachsen einen passenden Wettbewerb plant, welche Anforderungen gelten und ob die Stadt personell und finanziell überhaupt in einen Prüfprozess eintreten kann. Parallel werden bestehende Konzepte und Projekte zusammengeführt, damit keine Doppelstrukturen entstehen.

Eine kleine, fachbereichsübergreifende Vorbereitungsgruppe sollte den Prozess koordinieren und dem Rat einen präzisen Vorschlag für Beteiligung, Vorstudie, Kosten und Zeitplan vorlegen. Die öffentliche Auftaktkommunikation beginnt bewusst mit der Frage nach dem gewünschten Aurich 2038 und nicht mit einem fertigen Geländeplan.

1. Schriftliche Sondierung mit dem zuständigen Landesministerium und der Fördergesellschaft: Terminraster, Ausschreibung, Kriterien, Förderlogik.
2. Interfraktionelles Gespräch und schlanker Ratsbeschluss ausschließlich zur Prüfung.
3. Verwaltungsinterne Bestandsaufnahme aller laufenden Konzepte, Projekte, Förderbindungen und Personalressourcen.
4. Einrichtung einer kleinen, fachbereichsübergreifenden Vorbereitungsgruppe.
5. Stakeholder-Mapping mit Landkreis, Nachbarkommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Kultur und Sozialem.
6. Ausschreibungsfähige Leistungsbeschreibung für eine unabhängige Vorstudie; Ergebnisoffenheit vertraglich sichern.

7. Öffentliche Auftaktveranstaltung „Wie wollen wir 2038 in Aurich leben?“ – ohne fertigen Standortplan.
8. Transparente Projektseite mit Fragen, Fakten, Terminen, Dokumenten und Antwortregister.

KEY FACTS

- Schriftliche Sondierung mit dem zuständigen Landesministerium und der Fördergesellschaft: Terminraster, Ausschreibung, Kriterien, Förderlogik.
- Interfraktionelles Gespräch und schlanker Ratsbeschluss ausschließlich zur Prüfung.
- Verwaltungsinterne Bestandsaufnahme aller laufenden Konzepte, Projekte, Förderbindungen und Personalressourcen.
- Einrichtung einer kleinen, fachbereichsübergreifenden Vorbereitungsgruppe.

19. Leistungsbild der Machbarkeitsstudie

Die Machbarkeitsstudie ist das zentrale Instrument für eine verantwortbare Entscheidung. Sie darf nicht als bloße Machbarkeitsbehauptung oder gestalterische Imagebroschüre angelegt werden. Gefordert ist ein interdisziplinärer Variantenvergleich, der Raum, Umwelt, Verkehr, Markt, Kosten, Förderung, Betrieb, Nachnutzung und Beteiligung in einer gemeinsamen Bewertung zusammenführt.

Besondere Bedeutung haben transparente Annahmen und Abbruchkriterien. Für jede Variante müssen Unsicherheiten, Datenlücken und notwendige Folgegutachten benannt werden. Die Studie sollte nicht nur eine Vorzugsvariante empfehlen, sondern auch nachvollziehbar darstellen, unter welchen Bedingungen von einer Bewerbung abzuraten wäre.

Die Studie sollte nicht als gestalterisches Ideenbuch vergeben werden, sondern als interdisziplinäre Entscheidungsgrundlage.

Arbeitspaket	Pflichtinhalt
A Strategie	Zielsystem, Varianten, LGS-Kriterien, regionale Positionierung.
B Raum & Flächen	Eigentum, Planungsrecht, Altlasten, Leitungen, Denkmalschutz, Zugänglichkeit.
C Umwelt & Klima	Artenschutz, Wasser, Boden, Moor, Bäume, Starkregen, Hitze, CO ₂ .
D Mobilität	Normal-/Spitzentage, ÖPNV, P+R, Rad, Fuß, Logistik, Rettung.
E Markt & Betrieb	Besucherbandbreiten, Zielgruppen, Preis, Wetter, Programm, Personal.
F Kosten & Förderung	Investition, Durchführung, Preisstand, Risiken, Lebenszyklus, Fördermatrix.
G Nachnutzung	Betreiber, Pflege, Rückbau, Jahreskosten und Finanzierung je Baustein.
H Beteiligung	Repräsentative Formate, Konfliktmanagement, dokumentierte Rückkopplung.
I Entscheidung	Nutzwertanalyse, Sensitivitäten, klare Empfehlung und Abbruchgründe.

KEY FACTS

- Landschaftsarchitektur/Stadtplanung, Verkehrsplanung, Umwelt/Wasser, Veranstaltung/Betrieb, Wirtschaftlichkeit/Förderung und Beteiligung.
- Nachweis vergleichbarer Großprojekte sowie kommunaler Haushalts- und Vergabekompetenz.
- Trennung zwischen neutraler Machbarkeitsprüfung und möglicher späterer Planungsbeauftragung prüfen, um Anreizkonflikte zu mindern.

19.1 Mindestanforderungen an das Gutachterteam

Das Gutachterteam muss planerische, ökologische, verkehrliche, betriebliche und finanzielle Kompetenz nachweisbar zusammenführen. Unabhängigkeit und Transparenz der Annahmen sind ebenso wichtig wie Referenzen.

Neben Fachreferenzen sollte die Ausschreibung nach der methodischen Unabhängigkeit fragen: Wer erstellt Besucherprognose und Wirtschaftlichkeitsrechnung, und wie werden Annahmen geprüft? Das Team muss kommunale Haushalts- und Förderpraxis ebenso verstehen wie Freiraumplanung. Ein gestufter Auftrag mit einem frühen Standort- und Finanzcheck kann verhindern, dass bereits hohe Planungskosten entstehen, obwohl grundlegende Ausschlussgründe vorliegen.

KEY FACTS

- Landschaftsarchitektur/Stadtplanung, Verkehrsplanung, Umwelt/Wasser, Veranstaltung/Betrieb, Wirtschaftlichkeit/Förderung und Beteiligung.
- Nachweis vergleichbarer Großprojekte sowie kommunaler Haushalts- und Vergabekompetenz.
- Trennung zwischen neutraler Machbarkeitsprüfung und möglicher späterer Planungsbeauftragung prüfen, um Anreizkonflikte zu mindern.

20. Beschlussvorschlag für den Rat – erste Prüfphase

Der erste Ratsbeschluss sollte eng begrenzt sein. Er legitimiert die ergebnisoffene Prüfung und die Sondierung der landesseitigen Rahmenbedingungen, nicht jedoch eine Bewerbung, einen Standort, einen Flächenerwerb oder Investitionen. Diese Begrenzung schützt die Entscheidungsfreiheit des Rates und verhindert Missverständnisse in der Öffentlichkeit.

Zugleich sollte der Beschluss Transparenz und Berichterstattung verbindlich machen. Vor jedem weiteren Schritt sind Ergebnisse, Kosten und Risiken öffentlich vorzulegen. Der genaue Wortlaut muss durch die Verwaltung rechtlich geprüft und an Zuständigkeiten sowie kommunalrechtliche Vorgaben angepasst werden.

Der folgende Text ist als Arbeitsentwurf zu verstehen und rechtlich sowie verwaltungsintern anzupassen:

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Aurich beauftragt die Verwaltung, ergebnisoffen zu prüfen, ob eine Bewerbung um eine künftige niedersächsische Landesgartenschau – perspektivisch für das Jahr 2038 – als Instrument einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung geeignet sein kann.

Die Prüfung umfasst zunächst die Sondierung der landesseitigen Rahmenbedingungen, die Zusammenführung bestehender städtischer Konzepte, ein Beteiligungskonzept sowie einen Vorschlag für Leistungsbild, Kosten und Vergabe einer unabhängigen Machbarkeitsstudie. Mit diesem Beschluss sind weder eine Bewerbung, eine Standortentscheidung, ein Flächenerwerb noch Investitionszusagen verbunden. Über jeden weiteren Schritt entscheidet der Rat gesondert auf Grundlage öffentlich zugänglicher Ergebnisse.

KEY FACT

- Der folgende Text ist als Arbeitsentwurf zu verstehen und rechtlich sowie verwaltungsintern anzupassen:.

21. Gesamtbewertung und Empfehlung

Das Vorhaben besitzt eine überzeugende strategische Substanz, weil es vorhandene Stärken Aurichs mit realen Entwicklungsaufgaben verbindet. Das blau-grüne Band kann Innenstadt, Wasser und Landschaft räumlich wie erzählerisch zusammenführen. Ökologische Modellprojekte, regionale Wertschöpfung und echte Beteiligung schaffen ein Profil, das über eine klassische Gartenschau hinausweist.

Die Empfehlung lautet deshalb, die Idee politisch sichtbar zu vertreten, den Ausgang der Prüfung aber offen zu halten. Erst wenn dauerhafter Nutzen, finanzielle Tragfähigkeit, Flächenverfügbarkeit, ökologische Verbesserung und regionale Unterstützung belastbar nachgewiesen sind, sollte Aurich eine Bewerbung beschließen. Ambition und Verantwortung sind dabei keine Gegensätze, sondern die beiden notwendigen Seiten des Projektes.

Die Idee ist strategisch stark, wenn Aurich 2038 als langfristiges Zukunftsprogramm und nicht als isoliertes Großereignis verstanden wird. Besonders tragfähig ist ein blau-grünes Leitbild, das Innenstadt, Wallanlagen, Hafen und Ems-Jade-Kanal verbindet und zugleich die Ortsteile sowie Ostfriesland über Satelliten und Partnerschaften einbezieht.

Ökonomisch sinnvoll wird das Vorhaben nur, wenn die meisten Investitionen einen belegten Dauerbedarf haben, Fördermittel projektbezogen erschlossen, Bau- und Folgekosten vollständig betrachtet und Risiken durch Entscheidungstore begrenzt werden. Ökologisch überzeugend wird es nur, wenn Klimaanpassung, Wasser, Biodiversität, Boden- und Moorschutz messbare Verbesserungen erzielen und temporäre Eingriffe konsequent minimiert oder zurückgebaut werden.

Empfehlung:

**Den Gedanken politisch offensiv, die Bewerbung aber ausdrücklich ergebnisoffen behandeln.
Jetzt sollte Aurich die Chance professionell prüfen, nicht das Ergebnis vorwegnehmen.**

KEY FACTS

- Die Idee ist strategisch stark, wenn Aurich 2038 als langfristiges Zukunftsprogramm und nicht als isoliertes Großereignis verstanden wird.

Anhang A – Projektsteckbrief als verbindlicher Standard

Feld	Zu dokumentieren
Problem/Bedarf	Welches heutige Problem wird gelöst? Bestehender Beschluss oder Datennachweis?
Dauerhafter Nutzen	Wer nutzt das Projekt ab 2039 – wie häufig und wofür?
Standort/Fläche	Eigentum, Rechte, Planungsrecht, Alternativen.
Ökologie	Ausgangszustand, Wirkung, Eingriff, Ausgleich, Monitoring.
Kosten	Planung, Bau, Preisstand, Risiko, Betrieb, Pflege, Rückbau.
Finanzierung	Förderprogramm, Eigenanteil, Bewilligungsstatus, Vorfinanzierung.
Betrieb	Verantwortlicher Betreiber, Personal, Jahresbudget, Pflegestandard.
Zeit/Risiko	Meilensteine, Abhängigkeiten, Abbruchkriterien.
KPI	Ausgangswert, Zielwert, Messmethode, Termin.
Entscheidung	Projektstatus und zuständiges Gremium.

Anhang B – Prüffragen vor einer Bewerbung

- Ist der Zielzeitpunkt 2038 landesseitig realistisch und wann wird ausgeschrieben?
- Welche Kernfläche funktioniert ohne problematische Flächenabhängigkeiten?
- Welche Maßnahmen sind nachweislich auch ohne LGS sinnvoll?
- Wie hoch sind Eigenanteil, Vorfinanzierung, Risiken und jährliche Folgekosten?
- Welche Pflichtaufgaben oder bereits beschlossenen Investitionen konkurrieren um Mittel und Personal?
- Welche Besucherbandbreite ist konservativ plausibel?
- Wie wird die Anreise ohne Überlastung organisiert?
- Welche messbare ökologische Verbesserung entsteht?
- Wer betreibt und pflegt jede dauerhafte Anlage ab 2039?
- Welche Gründe würden zu einem rechtzeitigen Nein führen?

Anhang C – Quellen- und Arbeitsgrundlagen

- Stadt Aurich: Klimawandelanpassungskonzept und Klimaanpassungsmanagement (Projektlaufzeit 2025–2027), aurich.de, Abruf September 2026.
- Stadt Aurich: Integriertes Klimaschutzkonzept / Endbericht 2022 und Maßnahmenübersicht, aurich.de.
- Stadt Aurich: Masterplan Radverkehr 2030 sowie Sachstandsberichte; insbesondere Ausbau des Ems-Jade-Kanal-Wanderwegs.
- Stadt Aurich: Sanierung „Historische Altstadt“, städtebauliche Ziele für Wallanlagen, Innenstadtquartiere und Georgswall.
- Verkehrsverein Aurich/Ostfriesland: Auricher Hafen, Ems-Jade-Kanal und regionale Radrouten.
- Stadt Aurich: Haushaltspläne 2025 und 2026/2027; finanzielle Tragfähigkeit ist im weiteren Verfahren aktuell und eigenständig zu prüfen.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Grundsätze und Informationen zu Landesgartenschauen.
- Fördergesellschaft Landesgartenschauen Norddeutschland: Informationen zu Bewerbung, Planung und Durchführung.
- Ausgangspapier „AURICH 2038 – Aurich auf dem Weg zur ersten Landesgartenschau Ostfrieslands“, Stand August/September 2026.
- Hinweis: Sämtliche Kostenkorridore und Projektideen dieses Entwurfs sind Prüfannahmen. Sie begründen keine planerische, rechtliche oder finanzielle Vorfestlegung.

Anhang D – Begriffsverständnis

Begriff	Verwendung in diesem Konzept
Legacy/Vermächtnis	Dauerhafter räumlicher, sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nutzen nach 2038.
Schwammstadt	Stadtentwicklung, die Regenwasser lokal speichert, versickert, nutzt und verzögert ableitet.
Satellit	Dezentraler Projekt- oder Programmpunkt außerhalb des kompakten Ausstellungskerns.
Entscheidungstor	Förmlicher Stop-or-Go-Punkt mit definierten Nachweisen und Abbruchmöglichkeit.
Lebenszykluskosten	Planungs-, Bau-, Betriebs-, Pflege-, Erneuerungs- und Rückbaukosten über die Nutzungsdauer.
Sowieso-Maßnahme	Bereits fachlich notwendige oder politisch beschlossene Maßnahme; nicht bloß nachträglich so bezeichnet.